



DIE BUNDESMINISTERIN  
FÜR JUSTIZ  
BMJ-Pr7000/0064-Pr 1/2005

XXII. GP.-NR  
3156 /AB  
2005 -08- 23  
zu 3190 /J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Wien

zur Zahl 3190/J-NR/2005

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Kolleginnen und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Kosten der Justiz (Eigendeckungsgrad) - Erledigung der Geschäftsfälle (II)“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Die Ausgaben des Justizressorts im Jahr 2004 betragen 922,5 Millionen Euro, die Einnahmen 692,5 Millionen Euro. Daraus errechnet sich eine Deckung der Ausgaben durch Einnahmen im Ausmaß von 75,1 %.

Zu 2:

Eine Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen in der Gliederung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2004 ergibt für das Justizressort folgendes Bild:

	Ausgaben in Mio Euro	Einnahmen in Mio Euro
Bundesministerium für Justiz	78,6	2,3
Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	10,6	0,1
Justizbehörden in den Ländern	538,1	642,4
Justizanstalten	266,5	47,7
Bewährungshilfe	28,7	---
<b>Summe</b>	<b>922,5</b>	<b>692,5</b>

**Zu 3:**

Die Amtstage der Gerichte sind bundesweit (grundsätzlich und zumindest) jeden Dienstag abzuhalten. Durch einen Ministerratsbeschluss ist sichergestellt, dass grundsätzlich bei allen Bundesdienststellen jedenfalls (zumindest) der Dienstag Vormittag als Amtstag zur Verfügung steht.

Mangels entsprechender Aufzeichnungen liegen konkrete Informationen über die Anzahl der telefonischen Anfragen und Vorsprachen bzw. über die konkrete Inanspruchnahme der Amtstage nicht vor. Im Rahmen der Personalanforderungsrechnung wurde jedoch für das Jahr 2004 für die Durchführung der Amtstage an den Bezirks- und Landesgerichten ein Personalbedarf von bundesweit rund 29 Richtern und 25 Rechtspflegern ermittelt.

**Zu 4:**

Die Gerichtstage werden durch Verordnung festgelegt, wobei sich die Anzahl der abgehaltenen Gerichtstage nach dem Bedarf der rechtssuchenden Bevölkerung richtet.

Im Rahmen der Personalanforderungsrechnung wurde für das Jahr 2004 für die Durchführung der bundesweit insgesamt 3.043 Gerichtstage ein Personalbedarf von zusammen fünf Richtern ermittelt. Die abgehaltenen Gerichtstage verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bundesländer:

Bundesland	Abgehaltene Gerichtstage
Niederösterreich	1.171
Burgenland	86
Steiermark	636
Kärnten	508
Oberösterreich	265
Salzburg	178
Tirol	195
Vorarlberg	4

Zu 5:

An Mieten und Betriebskosten wurde im Jahr 2004 insgesamt (Zentralstelle, Gerichte, Justizanstalten) ein Betrag von 43,5 Millionen Euro an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH bezahlt. Für das Jahr 2005 ist hierfür ein Betrag von 47,8 Millionen Euro veranschlagt.

Zu 6:

Pro aufgelassenem Gericht wird mit einer Einsparung von 0,5 VBÄ (im nichtrichterlichen Bereich) gerechnet, welche jedoch erst durch Ruhestandsversetzungen bzw. Nichtnachbesetzungen im Laufe der Zeit wirksam wird.

Die Ersparnis an Mieten und Betriebskosten beträgt pro aufgelassenem Gerichtsgebäude im Durchschnitt rund 22.000 Euro jährlich. Unter Berücksichtigung der weiteren Einsparungen an Personalkosten sowie an personalabhängigen und sonstigen standortbezogenen Kosten (z.B. für Heizung, für Gebäudeinstandsetzung etc.) zeigt sich, dass die seinerzeitige Schätzung von Einsparungen im Gesamtausmaß von 80.000 Euro pro Gericht realistisch war.

Zu 7, 8 und 9:

Daten aus der Verfahrensautomation Justiz werden der Statistik Austria in dem Umfang übermittelt, wie dies zur Erstellung der Gerichtlichen Kriminalstatistik erforderlich ist. Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der Voranfrage, Zahl 1941/J-NR/2004.

Zu 10, 11, 19, 24 und 29:

Bundesweit fielen bei allen ordentlichen Gerichten im Jahr 2004 insgesamt 3.768.774 Geschäftsfälle an. Die Aufteilung auf die einzelnen Gerichtstypen ist nachfolgend tabellarisch dargestellt. Wie in den letzten Jahren wird der Wert für die Gerichtshöfe ohne die Geschäftsfälle aus dem Firmenbuch (214.321) angeführt.

<b>Gerichtstyp</b>	<b>Geschäftsanfall 2004</b>	<b>in %</b>
Oberster Gerichtshof	8.404	0,2 %
Oberlandesgerichte	93.855	2,5 %
Gerichtshöfe (ohne Firmenbuch)	341.584	9,1 %
Bezirksgerichte	3,324.931	88,2 %
<b>Alle Gerichtstypen</b>	<b>3,768.774</b>	<b>100,0 %</b>

Zu 12 bis 15:

Die Aufteilung des Geschäftsanfalles bei den Bezirksgerichten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

<b>Sparte</b>	<b>Geschäftsanfall 2004</b>	<b>in %</b>
Zivilsachen (C und Hc)	749.422	22,5 %
Strafsachen (U, Hs und Ns)	80.093	2,4 %
Exekutionssachen	1,187.083	35,7 %
Sonstige	1,308.333	39,3 %
<b>Summe</b>	<b>3,324.931</b>	<b>100,0 %</b>

Zu 16, 21, 26 und 30:

<b>Gerichtstyp</b>	<b>2004 enderledigte Verfahren</b>	<b>Am 31.12.2004 offene Verfahren</b>
Oberster Gerichtshof	8.418	629
Oberlandesgerichte	93.994	6.423
Gerichtshöfe	338.835	84.123
Bezirksgerichte	3,265.785	566.068
<b>Alle Gerichtstypen</b>	<b>3,707.032</b>	<b>657.243</b>

Zu 17, 22 und 27:

<b>Gerichtstyp</b>	<b>Durch Vergleich erledigte Verfahren</b>	<b>in %</b>
Oberlandesgerichte	63	0,2 %
Gerichtshöfe	17.543	46,2 %
Bezirksgerichte	20.015	53,2 %
<b>Alle Gerichtstypen</b>	<b>37.621</b>	<b>100,0 %</b>

Zu 18, 23, 28 und 31:

Die bei den Bezirksgerichten, Landesgerichten und Oberlandesgerichten – jeweils mit staatsanwaltschaftlichen Behörden – sowie dem Obersten Gerichtshof und der Generalprokuratur verrechneten Ausgaben und Einnahmen sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen.

Bei Erstellung dieser Übersicht wurden die im Zentralkredit erfassten, aus dem Rechnungswesen nicht unmittelbar zuordenbaren Ausgaben und Einnahmen

entsprechend umgelegt. Die Ausgaben für RichteramtsanwärterInnen und RechtspraktikantInnen sowie die über die Einbringungsstelle hereingebrachten Beträge werden bei den Oberlandesgerichten verrechnet. Die Einnahmen aus Pauschalgebühren für Rechtsmittel werden bei den Erstgerichten (Bezirks- und Landesgerichten) verrechnet.

Nicht in der Übersicht enthalten sind die Zahlungen für Mieten und Betriebskosten an die Bundesimmobiliengesellschaft mbH, die im Jahr 2004 rund 511.000 Euro für den Obersten Gerichtshof und die Generalprokuratur und rund 25,8 Millionen Euro für alle übrigen Gerichtsgebäude betragen haben.

	Ausgaben in Mio. Euro	Einnahmen in Mio. Euro
Bezirksgerichte	229,3	411,7
Landesgerichte	205,4	123,8
Oberlandesgerichte	103,4	106,9
Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	10,6	0,1

Zu 20:

Gerichtshöfe I. Instanz

<b>Sparte</b>	<b>Geschäftsanfall 2004</b>	<b>in %</b>
Justizverwaltungssachen	110.395	19,9 %
Streitige Zivilsachen	94.739	17,0 %
Außerstreitsachen	18.288	3,3 %
Firmenbuchsachen	214.447	38,6 %
Insolvenzsachen	13.994	2,5 %
Strafsachen	74.252	13,4 %
Rechtsmittel in Zivilsachen	26.956	4,8 %
Rechtsmittel in Strafsachen	2.960	0,5 %
(Summe ohne Firmenbuchsachen)	(341.584)	(61,4%)
<b>Summe</b>	<b>556.031</b>	<b>100,0 %</b>

**Zu 25:**  
Oberlandesgerichte

<b>Sparte</b>	<b>Geschäftsanfall 2004</b>	<b>in %</b>
Justizverwaltungs-, Dienst- und Disziplinarsachen	74.777	79,7 %
Rechtsmittel in Zivilsachen und Fristsetzungsanträge	10.372	11,1 %
Rechtsmittel in Strafsachen und Fristsetzungsanträge	8.100	8,6 %
Kartellsachen	606	0,6 %
<b>Summe</b>	<b>93.855</b>	<b>100,0 %</b>

**Zu 32:**

Beim Obersten Gerichtshof fielen im Jahr 2004 in Zivilsachen 1.456 ordentliche und 1.700 außerordentliche, gesamt daher 3.156 Rechtsmittelakten an. In Strafsachen waren 742 Rechtsmittel zu verzeichnen.

Die Anträge auf Änderung des Ausspruchs über die Zulässigkeit der ordentlichen Revision oder des ordentlichen Revisionsrekurses sind - nach den Sprengeln der Oberlandesgerichte - einschließlich der Art ihrer Erledigung dargestellt. Die Differenz zwischen der Zahl der eingebrachten Anträge und der Summe der Werte der zurückgewiesenen und stattgegebenen Anträge liegt in der jahresbezogenen Betrachtungsweise. Einige Fälle des Vorjahres wurden im Jahr 2004 erledigt, während einige im Jahr 2004 eingebrachte Anträge erst 2005 erledigt wurden.

<b>Sprengel</b>	<b>Anträge</b>	<b>stattgegeben</b>	<b>zurückgewiesen</b>
Oberlandesgericht Wien	327	69	255
Oberlandesgericht Graz	131	37	99
Oberlandesgericht Linz	108	36	72
Oberlandesgericht Innsbruck	98	23	76
<b>Bundesgebiet</b>	<b>664</b>	<b>165</b>	<b>502</b>

**Zu 33 und 36:**

Im Jahr 2004 betragen die Einnahmen aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen 579,6 Millionen Euro. Eine Aufschlüsselung dieser Einnahmen nach Gerichtstypen ist aus den Daten der Haushaltsverrechnung nicht möglich. Eine vom Bundesministerium für Justiz vorgenommene Zuordnung nach Sparten ergibt folgendes Bild:

Aufteilung der Einnahmen nach Geschäftssparten	in Millionen Euro
Strafsachen (inkl. ATA)	5,3
Exekutionssachen (E)	55,6
Zivilprozesse (insb. C, Gg, Cga)	111,9
Firmenbuch	16,6
Insolvenzverfahren	9,2
Grundbuch und Sonstiges	381,0
<b>Summe</b>	<b>579,6</b>

**Zu 34:**

Für die Jahre 2005 und 2006 sind die Einnahmen an Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen mit jeweils 614,4 Millionen Euro veranschlagt.

**Zu 35:**

Im Jahr 2004 betragen die Personalkosten des Justizressorts (Justizbehörden in den Ländern, Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur, Justizanstalten und Zentralstelle) 451,1 Millionen Euro. Für die Jahre 2005 und 2006 sind sie mit jeweils 475 Millionen Euro veranschlagt.

**Zu 37:**

Gesetzgeberische Maßnahmen, die als Gebührenerhöhungen bezeichnet werden können, sind derzeit nicht geplant. Auch der Entwurf einer Gerichtsgebührennovelle 2005, der am 6. Juli 2005 zur allgemeinen Begutachtung versendet wurde, sieht grundsätzlich keine Gebührenerhöhungen vor, sondern unter anderem punktuelle Gebührenreduktionen. Ein Inhaltselement dieses Entwurfs ist auch eine Veränderung bei der Gerichtsgebühr für die Scheidungsvereinbarung im Rahmen einer ein-

vernehmlichen Ehescheidung nach § 55a Ehegesetz, die derzeit 200 Euro beträgt. Diese Gebühr soll einerseits auf 180 Euro herabgesetzt, andererseits für jene Fälle auf 270 Euro angehoben werden, in denen Gegenstand der Vereinbarung die Übertragung des Eigentums an einer unbeweglichen Sache oder die Begründung sonstiger bürgerlicher Rechte ist. Bei solchen "qualifizierten" Scheidungsvereinbarungen ersparen sich die geschiedenen Ehegatten ja die sonst mit der Urkundenerrichtung für eine Grundbucheintragung verbundenen Kosten.

Hinzuweisen ist freilich darauf, dass auf Grund der Entwicklung des Verbraucherpreisindex 2000 seit dem März 2001 damit zu rechnen ist, dass dieser Index im Verlauf des kommenden Jahres den zehnpromzentigen Schwellwert für eine Valorisierung der Gerichtsgebühren nach § 31a GGG überschreiten könnte.

#### Zu 38 bis 40:

Vorauszuschicken ist, dass sämtliche der angesprochenen Einsparungen im Personalbereich des Justizressorts durch die normalen Personalabgänge abgedeckt werden konnten und keine Dienstnehmer gekündigt werden mussten.

Die Veränderungen in den Planstellenzuweisungen gemäß den Bundesfinanzgesetzen der Jahre 2003 bis 2006 werden in der nachstehenden Übersicht auf Grundlage der Stellenpläne dargestellt (Anlage II zu den Bundesfinanzgesetzen; ohne Stellen für ältere Arbeitslose und Behinderte sowie ohne Lehrlinge und Verwaltungspraktikanten; ausgewiesen sind jeweils die Veränderungen zum Vorjahr):

	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur			Justizbehörden in den Ländern Oberlandesgerichte, Landesgerichte und Bezirksgerichte sowie Oberstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften			Justizanstalten	
	Richter	Staatsanwälte	Nichtrichterliche Bedienstete	Richter	Staatsanwälte	Nichtrichterliche Bedienstete	Exekutivdienst	Justizanstalten gesamt
2003	-1	0	+1	-21	-3	-139	-40	-45
2004	0	0	-1	-26	-3	-81	+17	+11
2005	0	0	0	+20	0	-151	+123	+128
2006	0	0	0	0	0	-246	-124	-124

Auf Grund einer Anpassung des Allgemeinen Teiles des Stellenplans 2005/06 stehen überdies Aufnahmemöglichkeiten für 100 Aspiranten (Ausbildung Exekutivdienst) und bis zu 200 Leasing-Kräfte der ÖBB zur Verfügung, wodurch die Einsparungen des Jahres 2006 abgedeckt werden. Außerdem soll die Lehrlingsausbildung verstärkt werden.



Die in den Unterkapiteln „Justizbehörden in den Ländern“ und „Justizanstalten“ ausgewiesenen Planstellen werden vom Bundesministerium für Justiz im Rahmen der Planstellenaufteilungen auf Grundlage genauer Auslastungsberechnungen auf die jeweils vier Oberlandesgerichts- und Oberstaatsanwaltschaftssprengel jährlich neu aufgeteilt. Veränderungen in der Planstellendotation der einzelnen Dienststellen ergeben sich aber nicht nur durch Planstellenreduktionen, sondern auch durch Verschiebungen zum Zweck des Ausgleichs von Auslastungsunterschieden. Daher sind aussagekräftige dienststellenbezogene Darstellungen der Einsparungen praktisch nicht möglich.

Die mir von den Präsidenten der vier Oberlandesgerichte erstatteten Vorschläge für die jeweils sprengelinterne Aufteilung der im Stellenplan 2005 zugewiesenen Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete sind als Beilagen angeschlossen. Überdies ist ein Ausdruck der letzten Systemisierung für den Justizanstaltenbereich angefügt. Hinsichtlich der Aufteilung der richterlichen Planstellen weise ich auf die gemäß § 23 Gerichtsorganisationsgesetz zuletzt mit 13. Juni 2005 im Amtsblatt der österreichischen Justizverwaltung veröffentlichte Systemisierungsübersicht hin, von der gleichfalls ein Exemplar angeschlossen ist.

Zu 41:

Zur Beantwortung dieser Frage verweise ich auf die angeschlossene Stellungnahme des Bundesministeriums für Justiz zum Wahrnehmungsbericht des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages zur österreichischen Rechtspflege für den Berichtszeitraum 2003/2004.

16. August 2005

(Mag<sup>a</sup>. Karin Gastinger)

*Karin Gastinger*

**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ**

BMJ-Pr4708/0002-Pr 1/2005

Museumstraße 7  
1070 WienBriefanschrift  
1016 Wien, Postfach 63e-mail  
post@bmj.gv.atTelefon                      Telefax  
(01) 52152-0\*              (01) 52152 2727Sachbearbeiter:      Mag. Georg Stawa  
\*Durchwahl:              2250An den  
Österreichischen  
Rechtsanwaltskammertag  
Tuchlauben 12  
Postfach 612  
1010 Wien

**Betrifft:**      Wahrnehmungsbericht des  
                 Österreichischen Rechtsanwaltskammertages  
                 zur österreichischen Rechtspflege  
                 für den Berichtszeitraum 2003/2004

Das Bundesministerium für Justiz dankt für die Übersendung des Wahrnehmungsberichtes 2003/2004 des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages.

Das Justizressort nimmt zu den betreffenden Punkten, die nach dem Inhalt des Berichts konkretisierbar bzw. individualisierbar sind, Stellung wie folgt:

## **1. GESETZGEBUNG-LEGISTIK**

### **1.1. Mangelnde Gesetzesqualität**

Aus der Sicht des Bundesministeriums für Justiz darf zu diesem Punkt bemerkt werden, dass sich die Forderung nach einer besseren Verständlichkeit der Gesetzestexte und Verordnungstexte offenbar an andere Ressorts richtet.

### **1.2. Gesetzesbegutachtung**

Das Bundesministerium für Justiz ist stets bemüht, den in Begutachtungsverfahren befassten Stellen im Rahmen eines ordentlichen Begutachtungsverfahrens eine ausreichende Frist, in der Regel sechs Wochen, zur Stellungnahme einzuräumen. In seltenen Ausnahmefällen kann es vorkommen, dass sich die Notwendigkeit von Änderungen erst im Zuge der parlamentarischen Beratungen zu einem

Gesetzesprojekt zeigt. Gerade im Bereich des Gebührenrechts kann es fallweise erforderlich sein, auf rechtliche oder faktische Entwicklungen ohne Verzug gesetzgeberisch zu reagieren. Im Ausnahmefall des Strafrechtlichen Budgetbegleitgesetzes wurde der Zeitplan der Begutachtung außerhalb des Bundesministeriums für Justiz vorgegeben.

## **2. STRAFRECHTSPFLEGE**

### **2.1. Verfahrenshilfe für Privatbeteiligte**

Positiv wird aus Sicht des Bundesministeriums für Justiz die lobende Erwähnung im Wahrnehmungsbericht zur Verfahrenshilfe für Privatbeteiligte (und auch zur Anhebung des Verteidigerkostenersatzes) vermerkt.

### **2.2. Verteidigungskostenbeitrag gemäß § 393a StPO**

Zum Verteidigungskostenbeitrag gemäß § 393a StPO ist zu bemerken, dass ein voller Ersatz auch aus Sicht des Bundesministeriums für Justiz – jedenfalls in den Fällen der notwendigen Verteidigung – rechtspolitisch wünschenswert und längerfristig anzustreben wäre. Allerdings müsste eine solche Maßnahmen auch von der Bereitschaft der Anwaltschaft begleitet sein, Vertretungsleistungen für Beschuldigte und Angeklagte im Strafverfahren einem gesetzlichen Tarif zu unterwerfen (RATG). Die Honorierung nach den AHR erscheint in manchen Fällen doch als überhöht. Zu den Realisierungschancen einer derartigen Lösung in der laufenden Legislaturperiode sei auf die angespannte Budgetsituation verwiesen.

### **2.3. Berichte einzelner Rechtsanwaltskammern**

#### **2.3.1. Beeinträchtigung der gesetzmäßigen Vertretung**

Zum ersten Fall auf der Seite 12 des Berichts sei auf die Bestimmung des § 466 Abs. 1 StPO verwiesen, wonach ein Verzicht auf die Berufung, der unmittelbar nach der Verkündung des Urteils ohne Beisein eines Verteidigers abgegeben wird, ohne Wirkung ist.

### 3. ZIVILRECHTSPFLEGE

#### 3.1. Berichte einzelner Rechtsanwaltskammern

##### 3.1.1. Allgemeines

###### 3.1.1.1. Zur vorbereitenden Tagsatzung

Es trifft zu, dass erklärtes Ziel der ZVN 2002 die rechtliche und tatsächliche Aufgliederung des Falles schon in der numerisch ersten Tagsatzung war. Die Rolle der Parteien, deren Anwesenheit in der Verhandlung dem Gesetzgeber als Standardfall vorschwebt, ist dabei eine dreifache:

- Zum einen soll den Parteien unmissverständlich vor Augen geführt werden, dass es ihre Angelegenheit ist, über die Prozess geführt wird („tua res agitur“) und damit den Rechtsanwälten der Rücken gestärkt werden. Diese hatten im Vorfeld vor allem im Hinblick auf die geplanten Präklusionsbestimmungen beklagt, dass es zunehmend schwieriger sei, bei den Parteien das nötige Interesse für Gerichtsverfahren zu wecken; die Parteien tendierten dazu, das Verfahren an die Rechtsanwälte abzuschieben, was das – zumal zeitgerechte – Erlangen prozessrelevanter Information immer schwieriger mache. Eine Anwesenheit der Parteien ist aus dieser Sicht zwar wünschenswert, aber nicht geboten und schon gar nicht sanktioniert; die gesetzliche Anordnung hat hier die Funktion, dem Anwalt, der seine Partei in das Verfahren einbinden will, eine Argumentationshilfe zu liefern.
- Zum anderen sollen die Parteien oder – für diese Rolle auch: eine informierte Person – in der Verhandlung dem Rechtsanwalt zur Seite stehen, wenn es gilt, den Fall rechtlich und tatsächlich aufzugliedern und ein Prozessprogramm zu erstellen. Vielfach ist es nämlich Rechtsanwälten nicht ohne weiteres möglich, alle dafür nötigen faktischen Informationen vor Ort parat zu haben, oder es würde zu aufwändig sein. Es spricht aber auch nichts dagegen, dass der Rechtsanwalt – wo dies faktisch leicht möglich ist – selbst die Rolle der informierten Person übernimmt. Eine Anwesenheit der Parteien ist aus dieser Sicht zwar wünschenswert, aber nicht geboten und nur indirekt sanktioniert; nicht die Anwesenheit einer Person, sondern die Verfügbarkeit der benötigten Information wird angeordnet und ihr Fehlen allenfalls im Wege der allgemeinen Prozessförderungspflicht oder der speziellen Präklusionsvorschriften wahrgenommen.

- Zum dritten soll es – anders noch als in der funktionell Ersten Tagsatzung – auch möglich sein, mit dem Beweisverfahren, hier der Einvernahme der Parteien, bereits zu beginnen. Diese kann auch dann stattfinden, wenn die Partei zwar nicht geladen, aber dennoch anwesend ist. Andererseits ist eine Anwesenheit der Parteien aus dieser Sicht zwar wünschenswert, aber nicht geboten und auch nicht sanktioniert. Will das Gericht tatsächlich eine Einvernahme der Parteien durchführen, so hat es diese gesondert und unter Angabe des Themas zu laden.

Zusammenfassend ist es daher in Abwesenheit einer formellen Ladung der Partei zur Einvernahme dem Rechtsanwalt immer freigestellt, ob er die Partei oder eine informierte Person zur vorbereitenden Tagsatzung stellig macht, oder nicht (und diesfalls selbst informiert ist). Dies wird im Einzelfall von taktischen und praktischen Überlegungen, etwa davon abhängen, ob er der Partei die Bedeutung des Rechtsstreites noch gesondert vor Augen führen möchte, um ihre Informationswilligkeit zu erhöhen, ob er sich für eine vorbereitende Tagsatzung selbst gerüstet fühlt oder zu seiner Unterstützung die Partei oder zumindest eine informierte Person mitnehmen möchte, und wie schwierig die Sache ist.

Es ist – um den Rechtsanwälten diese Entscheidung zu erleichtern – freilich zu begrüßen, wenn die Gerichte durch eine möglichst präzise und zutreffende Angabe der voraussichtlichen Dauer der Tagsatzung, entsprechende Beisätze und formelle Ladungen der Parteien zusätzliche Anhaltspunkte geben. Nicht zuletzt ist durch die Möglichkeit der Rechtsanwälte, Einsicht in das Register zu nehmen, ihre Informationslage deutlich verbessert worden. So wird es auch ohne Beisatz bei einer nur auf wenige Minuten ausgeschriebenen Tagsatzung auch meist wenig Sinn machen, die – nicht geladenen - Parteien mitzunehmen oder auf ihre Einvernahme zu hoffen.

Eine einheitliche Handhabung ist schon wegen der unterschiedlichen Konstellationen der zugrundeliegenden Fälle nicht möglich. Die Gerichte werden – wo das Gesetz dies ermöglicht – den Ermessensspielraum der „eingeschränkten“ vorbereitenden Tagsatzung zu nützen, die Rechtsanwälte im Rahmen der Prozessvorbereitung die Vor- und Nachteile der Anwesenheit der ungeladenen Partei taktisch zu beurteilen haben.

### **3.1.1.2. Zur Zurückstellung von Urkunden**

Gemäß § 169 Abs. 2 Geo hat in bürgerlichen Rechtsachen die Geschäftsstelle, wenn das Verfahren rechtskräftig beendet oder zum Stillstande gekommen ist, die beim Akte befindlichen Urkunden einschließlich der Vollmachten (soweit sie nicht auf die bestimmte Sache lauten) den Parteien, welche die Urkunden eingelegt haben, auch ohne richterlichen Auftrag auszufolgen. Wenn eine Fortsetzung des Verfahrens möglich ist, ist vorher die Weisung des Richters einzuholen. Die Anregung wird vorgemerkt.

### **3.1.2. Kontakte zu Gerichte**

#### **3.1.2.1. Parkplätze BG Traun**

Für das neue Bezirksgericht Traun stehen Kundenparkplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung. Auf der Gerichtsliegenschaft selbst stehen (die nach der Bauordnung vorgeschriebenen) ca. 40 Stellplätze zur Verfügung; das Rathaus mit der unterhalb situierten öffentlichen Tiefgarage ist zu Fuß in zwei bis drei Minuten erreichbar.

### **3.1.3. Verfahrenshilfe**

Soweit Verfahrenshilfe nach Ansicht von Verfahrensbeteiligten zu Unrecht gewährt wird, darf für den Bereich des streitigen Zivilverfahrensrechts auf §§ 68 Abs. 1 und 2 und 72 Abs. 2 ZPO verwiesen werden. Sowohl mit Rekurs gegen die Gewährung der Verfahrenshilfe als auch durch einen entsprechenden Antrag auf Erlöschen oder Entzug der Verfahrenshilfe kann eine derartige Ansicht im Instanzenzug überprüft werden. Dabei sind auch dem – seiner Ansicht nach: ohne zureichende Grundlage – bestellten Verfahrenshelfer die Hände nicht gebunden.

Darüber hinaus wurde mit der ZVN 2004 ein Rechtsmittelrecht auch des Revisors geschaffen, das eine zusätzliche Überprüfung der Voraussetzungen der Verfahrenshilfe ermöglicht.

### **3.1.4. Ladungen**

So sehr es wünschenswert ist, allen Verfahrensbeteiligten durch möglichst präzise und zutreffende Angabe der voraussichtlichen Dauer der Tagsatzung eine Planung und Strukturierung ihres Tagesablaufes zu ermöglichen, muss darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei nur um eine Prognose handeln kann, deren ungewisser Charakter durch Beifügen des Wortes „voraussichtlich“ allen Beteiligten – zumal

Rechtsanwälten – bewusst sein muss. Im konkreten Einzelfall kann es daher immer zu einem Unter- oder Überschreiten der in Aussicht genommenen Verfahrensdauer kommen.

### **3.2. Exekutionsverfahren**

#### **3.2.1. Verfahrensverzögerungen**

Diese sind in erster Linie auf wegen gesetzlicher Vorgaben im Stellenplan erfolgte Personalreduktionen sowie die Änderungen der Aufbauorganisation für den Gerichtsvollzug und die mit dieser umfassenden Reorganisation verbundene Umstellungsphase zurückzuführen. Längerfristig ist aber jedenfalls mit einer Effizienzsteigerung und einem Rückgang der offenen Vollzugsaufträge zu rechnen. Die offenen Vollzugsaufträge werden durch die bei den Oberlandesgerichten eingerichteten FEX-Leitungseinheiten im Rahmen des Controlling überwacht. Darüber hinaus ist derzeit ein Aufnahmeverfahren für Gerichtsvollzieher in den OLG-Sprengeln Wien und Graz anhängig.

#### **3.2.2. Ertragsverbesserungen**

Durch die ab 1. Jänner 2006 in Aussicht genommenen Online-Versteigerungen, die neben die schon bisher bestehenden Verwertungsmöglichkeiten treten sollen, ist eine Verbesserung der Erträge zu erwarten.

#### **3.2.3. Zum Zahlungsplanvorschlag**

Die Anregung beruht auf einem Missverständnis: Der Zahlungsplanvorschlag, der hier offenbar gemeint ist, wird vom Schuldner erstellt. Die Gläubiger stimmen darüber ab. Das Gericht kann nur unzulässige Zahlungspläne zurückweisen. Ein Zahlungsplan in 84 Teilquoten ist jedoch nicht unzulässig. Die Kritik an den Gerichten ist daher unberechtigt. Eine gesetzliche Regelung, wonach monatliche Raten unzulässig wären, ist jedoch nach Ansicht des Bundesministeriums für Justiz nicht angebracht, weil viele Gläubiger monatliche Zahlungen wünschen.

### **4. Allgemeine Verwaltung**

#### **4.1. Abbuchung und Rückzahlung von Pauschalgebühren**

Das Abbuchungs- und Einziehungsverfahren für Pauschalgebühren wurde seit Beginn ständig dadurch verbessert, dass Plausibilitätsprüfungen in Programmen ausgebaut beziehungsweise hinzugefügt wurden. Die Benutzer wurden immer wieder auf mögliche Fehlerursachen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung

hingewiesen. Zuletzt wurde eine Wertgrenze von 5.000 Euro für den Gebühreneinzug eingeführt, bei der der Benutzer eine zusätzliche Sicherheitswarnung bestätigen muss. Ab einer weiteren Wertgrenze von 50.000 Euro verhindert das System überhaupt die Durchführung eines Gebühreneinzugs (nötigenfalls sind mehrere Gebühreneinzüge vorzunehmen). Diese Maßnahmen haben auch deutlich zu Verringerung der Fehler beigetragen.

Die aufgezeigten überaus langen Rückzahlungsfristen sind eine Angelegenheit, die von der Dienstaufsicht wahrzunehmen ist. Gerade im Fall unberechtigter Gebührenabbuchungen ist eine rasche Rückzahlung unbedingt geboten.

## **5. Sonstiges**

### **5.1. Positive Kritik**

Das Lob über die Tiroler Gerichte, über die Gerichte im Bundesland Vorarlberg, sowie den Präsidenten des Landesgerichtes Salzburg und das Bezirksgericht Saalfelden wird mit Dank zur Kenntnis genommen.

### **5.2. Dauer des Parteienverkehrs**

Zu dem Kritikpunkt, wonach es sich eingebürgert habe, dass Parteienverkehr nur am Vormittag zugelassen wird und diese Beschränkung die Anwaltschaft besonders empfindlich treffe, weil auch telefonisch erbetene Informationen nur noch zeitlich erheblich eingeschränkt zu bekommen sind, ist anzumerken, dass die für den Parteienverkehr vorgesehene Zeit gemäß § 24 Abs. 1 Geo auf bestimmte Stunden (mindestens vier täglich) beschränkt werden kann.

Mit Erlass des Bundesministeriums für Justiz vom 29. August 2002 betreffend die Dienstzeit bei den Justizbehörden in den Ländern (Gleitzeiterlass), JMZ 241.00/10-III.1/2002, idF des Erlasses des Bundesministeriums für Justiz vom 23. Jänner 2004, JMZ 241.00/1-PR.6/04, wurde der bisherige "Gleitzeiterlass" aktualisiert und u.a. der Punkt 2.1. (bisher Punkt 2.2.) zur Sicherstellung eines während der Sollzeit durchgehenden Dienstbetriebes präziser gefasst. So ist in allen Organisationseinheiten einer Dienststelle (insbesondere Geschäftsabteilung, Einlaufstelle, Fernsprechvermittlungsdienst, Rechnungsführer) während der gesamten Sollzeit (Normaldienstzeit 7.30 bis 15.30 Uhr) der durchgehende Dienstbetrieb sicherzustellen. Besteht eine Organisationseinheit aus zwei oder mehr Vollzeitkräften, hat grundsätzlich zumindest ein Bediensteter dieser



Organisationseinheit während der gesamten Sollzeit anwesend zu sein; besteht sie aus weniger als zwei Vollzeitkräften, so wird angeordnet, dass bei unvermeidlicher Abwesenheit vom Arbeitsplatz die Vertretung während der gesamten Sollzeit durch eine andere Organisationseinheit sicherzustellen ist, wobei der Vorsteher der Geschäftsstelle und der Fernsprechvermittlungsdienst über jeden derartigen Vertretungsfall in Kenntnis zu setzen sind. Nach Punkt 2.3. des Erlasses kann der Parteienverkehr im Sinn des § 24 Abs. 1 Geo auf die Blockzeit (8.30 [Di 8.00] bis 13.30) eingeschränkt werden, jedoch ist Parteienverkehr in dringenden Fällen in der gesamten Sollzeit sicherzustellen.

### **5.3. Einzelfälle**

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass den im Bericht dargestellten Einzelfällen die Präsidenten der Oberlandesgerichte erforderlichenfalls nachgehen und Abhilfemaßnahmen ergreifen werden. Darüber hinaus wurde der Wahrnehmungsbericht 2003/2004 des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages auch den zuständigen Fachabteilungen im Haus zur Kenntnis gebracht.

21. März 2005  
Für die Bundesministerin:  
Dr. Wolfgang Fellner

Elektronisch gefertigt

**Personalausgaben des Justizressorts (in Millionen Euro):**

	2003 (Erfolg)	2004 (Erfolg)	2005 (BVA)	2006 (BVA)
1/30000	13,1	12,9	13,9	13,9
1/30100	9,4	9,6	9,9	9,9
1/30200	289,8	291,1	300,6	300,6
1/30300	122,3	124,4	130,8	130,8
1/30310	3,0	3,0	3,1	3,1
1/30330	2,2	2,2	2,1	2,1
1/30340	3,5	3,4	3,4	3,4
1/30350	---	---	6,8	6,9
1/30500	4,7	4,5	4,4	4,4
<b>zusammen</b>	<b>448</b>	<b>451,1</b>	<b>475</b>	<b>475,1</b>

## Erläuterungen für die Ausgaben/Einnahmen der JBidL 2004

Ausgaben			Einnahmen	
in Mio. Euro	Anmerkung		in Mio. Euro	Anmerkung
97,8	FISTL OLG	OLG, OSIA	88,2	FISTL OLG
2,8	FISTL OStA			- FISTL OStA
2,8	Anteil an 28,0 Mio Euro für ADV (27,85 Mio Euro) und Sonstiges (0,15 Mio Euro) nach Beschäftigtenschlüssel (10 %)			Anteil am Zentralkredit ohne HVSV (217,7-30,5=)187,2 Mio Euro nach Beschäftigtenschlüssel (10%)
			18,7	
<b>103,4</b>		<b>Zw. Summe OLG/OSTA</b>	<b>106,9</b>	
167	FISTL GH 1. Inst.	Gerichtshöfe 1. Instanz, Staatsanwaltschaften	36,3	FISTL GH 1. Inst.
18,9	FISTL StA		0,8	FISTL StA
9,9	geschätzter Anteil der auf die GH entfallenden Zahlungen an den Rechtsanwaltskammertag für Rechtshilfe (15000 Fälle GH, 8000 BG; Ausgaben 15,2 Mio Euro)		30,5	HVdSV
8,4	Anteil an 28,0 Mio Euro für ADV (27,85 Mio Euro) und Sonstiges (0,15 Mio Euro) nach Beschäftigtenschlüssel (30 %)		56,2	Anteil am Zentralkredit ohne HVSV (217,7-30,5=)187,2 Mio Euro nach Beschäftigtenschlüssel (30%)
1,2	geschätzter 10 % -Anteil an Ausgaben für Poststraße			
<b>205,4</b>		<b>Zw. Summe GH/StA</b>	<b>123,8</b>	
191,8	FISTL BG	Bezirksgerichte, Bezirksanwaltschaften	291,9	FISTL BG
4,8	FISTL BA		7,5	FISTL BA
5,3	geschätzter Anteil der auf die BG entfallenden Zahlungen an den Rechtsanwaltskammertag für Rechtshilfe (15000 Fälle GH, 8000 BG; Ausgaben 15,2 Mio Euro)		112,3	Anteil am Zentralkredit ohne HVSV (217,7-30,5=)187,2 Mio Euro nach Beschäftigtenschlüssel (60%)
16,8	Anteil an 28,0 Mio Euro für ADV (27,85 Mio Euro) und Sonstiges (0,15 Mio Euro) nach Beschäftigtenschlüssel (60 %)			
10,6	geschätzter 90 % -Anteil an Ausgaben für Poststraße			
<b>229,3</b>		<b>Zw. Summe BG/BA</b>	<b>411,7</b>	

**Anmerkung von Mag. Theuerl am 6. Juli 2005:**

Die Zahlungen an den Rechtsanwaltskammertag für Rechtshilfe wurden entsprechend der Anzahl der Fälle auf die GH erster Instanz und die BG aufgeteilt.

Die Anzahl der Fälle wurde aus dem Jahr 2003 übernommen.

Es ist davon auszugehen, dass Verfahrenshilfe in Strafsachen weit überwiegend bei den GH gewährt wird (Schätzung: 75 %). In Zivilsachen kann von einer Teilung 50 zu 50 ausgegangen werden.

Gericht	GRZ	Eigenümer	monat. HMZ	monat. Betriebskosten	Jährlicher Mietzins
Bad Hofgasten (BAG)	650.102,00	BIG	13.029,00	1.296,00	171.900,00
Bad Hofgasten	650.116,00	BIG	23.452,00	2.333,00	309.420,00
Radstadt	650.113,00	BIG	50.180,00	4.752,00	658.944,00
St. Johann i.Pg.	650.049,00	BIG	41.561,37	4.324,00	550.624,44
Werfen	650.028,00	BIG	50.332,00	5.537,00	670.428,00
per Monat in AT\$					18.242,00
					2.361.316,44
					174.803,56
					14.300,30
Gericht			monat. HMZ	monat. Betriebskosten	Jährlicher Mietzins
			Jahr 2002		Oktober - Dezember
BG St. Johann NEU			16.214,40	3.754,08	59.905,44
Mehraufwand					

In €

Jahr 2003		Jän - Dez
BG St. Johann NEU	16.214,40	3.754,08
Jahr 2003		Jän - Jun (Radst. - Dez)
Bad Hofgasten (BAG)	946,86	94,18
Bad Hofgasten	1.704,32	169,55
Radstadt	3.645,27	345,34
St. Johann i.Pg.	3.020,38	314,24
Werfen	3.657,77	402,39
Aufwand 2003		348.367,20
Mehraufwand		177.763,64

Jahr 2004		Jän - Dez
BG St. Johann NEU	16.214,40	3.754,08
Bad Hofgasten (BAG)	-	-
Bad Hofgasten	-	-
Radstadt	3.645,27	345,34
St. Johann i.Pg.	-	-
Werfen	-	-
Aufwand 2004		287.509,09
Mehraufwand		115.905,53

Jahr 2005		Jän - Dez
BG St. Johann NEU	16.214,40	3.754,08
Bad Hofgasten (BAG)	-	-
Bad Hofgasten	-	-
Radstadt	-	-
St. Johann i.Pg.	-	-
Werfen	-	-
Aufwand 2005		239.621,76
Mehraufwand		68.018,20

150

Anträge auf Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Europäischen Parlaments wären daher im Wege des Bundesministeriums für Justiz – Abteilung IV 1 an den Präsidenten des Europäischen Parlaments zu richten. Sie werden sodann vom Bundesministerium für Justiz an diesen weitergeleitet.

(BMJ-L375.001/0002-II 3/2005)

## 40.

**Kundmachung der bei den Justizbehörden in den Ländern im Jahre 2005 systemisierten Planstellen für Richter und Richterinnen sowie für Richteramtsanwärter und Richteramtsanwärterinnen**

## I. Oberlandesgerichte

	Präs	VPräs	SenPräs	Ri	SUMME Sp. 2-5	Planst. mit besonderer gesetzl. Zweckwidmung			SUMME Sp. 6 zuzüglich Sp. 7-9
						Ersatz- planst.	OGH	BMJ	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
OLG Wien	1	2	24	53	80	1	-	-	81
OLG Graz	1	1	10	20	32	-	-	-	32
OLG Linz	1	1	11	23	36	1	-	-	37
OLG Inns- bruck	1	1	8	16	26	-	-	-	26

## II. Gerichtshöfe erster Instanz

	Präs	VPräs	Ri	SUMME Sp. 2-4	Planst. mit besonderer gesetzl. Zweckwidmung			SUMME Sp. 5 zuzüglich Sp. 6-8
					Ersatz- planst.	OGH	BMJ	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
LG für Zivilrechtssachen Wien	1	3	70	74	9	0,5	2	85,5
LG für Strafsachen Wien	1	2	74	77	8	-	1	86
Handelsgericht Wien	1	1	37	39	-	-	-	39
Arbeits- und Sozialgericht Wien	1	1	31	33	5	-	1	39
LG Eisenstadt	1	1	16	18	10	-	2	30
LG Korneuburg	1	1	27	29	11	-	2	42
LG Krems an der Donau	1	1	10	12	3	1	2	18
LG St. Pölten	1	1	24	26	8	-	3	37
LG Wiener Neustadt	1	1	29	31	8	-	3	42
LG für Zivilrechtssachen Graz	1	2	40	43	3	-	-	46
LG für Strafsachen Graz	1	1	20	22	2	-	-	24
LG Leoben	1	1	23	25	1	-	-	26
LG Klagenfurt	1	2	40	43	5	-	-	48
LG Linz	1	1	36	38	14	-	-	52
LG Ried im Innkreis	1	1	11	13	2	-	-	15

	Präs	VPräs	Ri	SUMME Sp. 2-4	Planst. mit besonderer gesetzl. Zweckwidmung			SUMME Sp. 5 zuzüglich Sp. 6-8
					Ersatz- planst.	OGH	BMJ	
I	2	3	4	5	6	7	8	9
LG Steyr	1	1	10	12	6	-	-	18
LG Wels	1	1	26	28	9	-	-	37
LG Salzburg	1	2	46	49	8	-	-	57
LG Innsbruck	1	2	56	59	16	-	1	76
LG Feldkirch	1	1	26	28	8	-	-	36

## III. Bezirksgerichte

	Vorst	Ri	Vorst/Ri	GEMEINSAME SYSTEMISIERUNG MIT BEZIRKSGERICHT (Erläuterungen zu den Sp. 2-4)	SUMME Sp. 2-4
I	2	3	4	5	6
BG Döbling	1	11	-	-	12 <sup>1)</sup>
BG Donaustadt	1	12,5	-	BG Floridsdorf	13,5 <sup>2)</sup>
BG Favoriten	1	15	-	-	16 <sup>3)</sup>
BG Floridsdorf	1	12,5	-	BG Donaustadt	13,5 <sup>4)</sup>
BG Fünfhaus	1	18	-	-	19 <sup>5)</sup>
BG Hernals	1	15	-	-	16 <sup>6)</sup>
BG Hietzing	1	8	-	-	9
BG Innere Stadt Wien	1	46	-	-	47 <sup>7)</sup>
BG Leopoldstadt	1	17	-	-	18 <sup>8)</sup>
BG Josefstadt	1	12	-	-	13 <sup>9)</sup>
BG Liesing	1	6,5	-	BG Meidling	7,5
BG Meidling	1	9,5	-	BG Liesing	10,5 <sup>10)</sup>
BG für Handelssachen Wien	1	12	-	-	13 <sup>11)</sup>
BG Eisenstadt	1	2	-	-	3
BG Güssing	1	0,8	-	BG Jennersdorf	1,8

<sup>1)</sup> Dem BG Döbling sind überdies sechs Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

<sup>2)</sup> Dem BG Donaustadt sind überdies drei Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

<sup>3)</sup> Dem BG Favoriten sind überdies eine Ersatzplanstelle gemäß § 77 Abs. 8 RDG und eine halbe Planstelle für das Evidenzbüro zugewiesen.

<sup>4)</sup> Dem BG Floridsdorf sind überdies zwei Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

<sup>5)</sup> Dem BG Fünfhaus sind überdies eine Ersatzplanstelle gemäß § 77 Abs. 8 RDG sowie eine halbe Planstelle für das Evidenzbüro zugewiesen.

<sup>6)</sup> Dem BG Hernals sind drei Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG und eine für das Bundesministerium für Justiz gebundene Planstelle zugewiesen.

<sup>7)</sup> Dem BG Innere Stadt Wien sind überdies 17 Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG sowie vier für das Evidenzbüro des OGH und fünf für das Bundesministerium für Justiz gebundene Richterplanstellen zugewiesen.

<sup>8)</sup> Dem BG Leopoldstadt sind zwei Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG sowie eine für das Bundesministerium für Justiz gebundene Richterplanstelle zugewiesen.

<sup>9)</sup> Dem BG Josefstadt sind überdies sechs Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG, eine halbe für das Evidenzbüro des OGH sowie eine für das Bundesministerium für Justiz gebundene Richterplanstelle zugewiesen.

<sup>10)</sup> Dem BG Meidling ist überdies eine Ersatzplanstelle gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

<sup>11)</sup> Dem BG für Handelssachen Wien sind überdies sechs Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

152

	Vorst	Ri	Vorst/Ri	GEMEINSAME SYSTEMISIERUNG MIT BEZIRKSGERICHT (Erläuterungen zu den Sp. 2-4)	SUMME Sp. 2-4
1	2	3	4	5	6
BG Jennersdorf	1	0,2	-	BG Glüssing	1,2
BG Mattersburg	1	0,5	-	BG Oberpullendorf	1,5
BG Neusiedl am See	1	2	-	-	3
BG Oberpullendorf	1	0,5	-	BG Mattersburg	1,5
BG Oberwart	1	3	-	-	4
BG Korneuburg	1	2	-	-	3
BG Bruck an der Leitha	1	1,4	-	BG Schwechat	2,4
BG Gänserndorf	1	3	-	-	4
BG Hollabrunn	1	2,6	-	BG Klosterneuburg	3,6
BG Klosterneuburg	1	3,4	-	BG Hollabrunn	4,4
BG Laa an der Thaya	1	1	-	-	2
BG Mistelbach	1	1,6	-	BG Zistersdorf	2,6
BG Schwechat	1	2,6	-	BG Bruck an der Leitha	3,6
BG Stockerau	1	1	-	-	2
BG Zistersdorf	1	0,4	-	BG Mistelbach	1,4
BG Krems an der Donau	1	4	-	-	5
BG Gmünd in Niederösterreich	1	1	-	-	2
BG Horn	1	1	-	-	2
BG Waidhofen an der Thaya	1	0,5	-	BG Zwettl	1,5
BG Zwettl	1	1,5	-	BG Waidhofen an der Thaya	2,5
BG St. Pölten	1	8	-	-	9
BG Amstetten	1	2,4	-	BG Waidhofen an der Ybbs	3,4
BG Haag	1	1	-	-	2
BG Lilienfeld	1	1	-	-	2
BG Melk	1	2	-	-	3
BG Neulengbach	1	1	-	-	2
BG Purkersdorf	1	1	-	-	2
BG Scheibbs	1	1	-	-	2
BG Tulln	1	3	-	-	4
BG Waidhofen an der Ybbs	1	0,6	-	BG Amstetten	1,6
BG Ybbs	1	1	-	-	2
BG Wiener Neustadt	1	8,5	-	BG Baden	9,5
BG Baden	1	7,5	-	BG Wiener Neustadt	8,5
BG Ebreichsdorf	1	1	-	-	2
BG Gloggnitz	1	1	-	-	2
BG Mödling	1	8	-	-	9
BG Neunkirchen	1	3	-	-	4



	Vorst	Ri	Vorst/Ri	GEMEINSAME SYSTEMISIERUNG MIT BEZIRKSGERICHT (Erläuterungen zu den Sp. 2-4)	SUMME Sp. 2-4
1	2	3	4	5	6
BG Graz	1	29,1	–	BG Frohnleiten	30,1 <sup>12)</sup>
BG Bad Radkersburg	1	0,5	–	BG Feldbach	1,5
BG Deutschlandsberg	1	2	–	–	3
BG Feldbach	1	2,5	–	BG Bad Radkersburg	3,5
BG Frohnleiten	1	1,9	–	BG Graz	2,9
BG Fürstenfeld	1	0,5	–	BG Weiz	1,5
BG Gleisdorf	1	1	–	–	2
BG Hartberg	1	2	–	–	3
BG Leibnitz	1	5	–	–	6
BG Stainz	1	0,2	–	BG Voitsberg	1,2
BG Voitsberg	1	2,8	–	BG Stainz	3,8
BG Weiz	1	1,5	–	BG Fürstenfeld	2,5
BG Leoben	1	4	–	–	5
BG Bruck an der Mur	1	4,4	–	BG Mürzzuschlag	5,4
BG Irdning	1	1,2	–	BG Schladming, BG Liezen	2,2
BG Judenburg	1	2,6	–	BG Knittelfeld	3,6
BG Knittelfeld	1	1,4	–	BG Judenburg	2,4
BG Liezen	1	2,1	–	BG Irdning	3,1
BG Murau	1	1	–	–	2
BG Mürzzuschlag	1	1,6	–	BG Bruck an der Mur	2,6
BG Schladming	1	0,7	–	BG Irdning	1,7
BG Klagenfurt	1	13	–	–	14 <sup>13)</sup>
BG Bleiburg	–	–	0,9	BG Wolfsberg	0,9
BG Eisenkappel	–	–	0,8	BG Ferlach	0,8
BG Feldkirchen	1	1,2	–	BG Sankt Veit an der Glan	2,2
BG Ferlach	1	–	0,2	BG Eisenkappel	1,2
BG Hermagor	1	0,3	–	BG Villach	1,3
BG Spittal an der Drau	1	4	–	–	5
BG Sankt Veit an der Glan	1	3,2	–	BG Feldkirchen, BG Völkermarkt	4,2
BG Villach	1	8,7	–	BG Hermagor	9,7
BG Völkermarkt	1	1,6	–	BG Sankt Veit an der Glan	2,6
BG Wolfsberg	1	2	0,1	BG Bleiburg	3,1

<sup>12)</sup> Dem BG Graz sind überdies noch sechs Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

<sup>13)</sup> Dem BG Klagenfurt sind überdies noch fünf Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

154

	Vorst	Ri	Vorst/Ri	GEMEINSAME SYSTEMISIERUNG MIT BEZIRKSGERICHT (Erläuterungen zu den Sp. 2-4)	SUMME Sp. 2-4
1	2	3	4	5	6
BG Linz	1	16,4	–	BG Freistadt, BG Mauthausen, BG Perg, BG Traun, BG Rohrbach, BG Steyr	17,1 <sup>14)</sup>
BG Traun	1	5,2	–	BG Linz	6,2
BG Freistadt	1	0,7	–	BG Linz	1,7
BG Leonfelden	–	–	0,6	BG Urfahr-Umgebung	0,6
BG Mauthausen	1	0,3	–	BG Linz	1,3
BG Perg	1	0,5	–	BG Linz	1,5
BG Pregarten	1	–	–	–	1
BG Rohrbach	1	1,4	–	BG Linz	2,4
BG Urfahr-Umgebung	1	1	0,4	BG Leonfelden	2,4
BG Ried im Innkreis	1	2	0,6	BG Braunau, BG Mattighofen	3,6
BG Braunau am Inn	–	2,3	0,7	BG Ried im Innkreis, BG Mattighofen	3
BG Mattighofen	–	1,7	0,7	BG Ried im Innkreis, BG Braunau	2,4
BG Schärding	1	2	–	–	3
BG Steyr	1	4,1	0,4	BG Enns, BG Kirchdorf an der Krems, BG Weyer, BG Linz	5,5
BG Enns	1	0,6	–	BG Steyr	1,6
BG Kirchdorf an der Krems	1	0,8	0,4	BG Steyr, BG Windischgarsten	2,2
BG Weyer	–	–	0,6	BG Steyr	0,6
BG Windischgarsten	–	–	0,6	BG Kirchdorf an der Krems	0,6
BG Wels	1	7,6	–	BG Lambach	8,6
BG Bad Ischl	1	1	–	–	2
BG Eferding	1	0,4	–	BG Grieskirchen	1,4
BG Frankenmarkt	–	1	0,6	BG Vöcklabruck	1,6
BG Gmunden	1	3	–	–	4
BG Grieskirchen	1	1,6	–	BG Eferding	2,6
BG Lambach	1	0,4	–	BG Wels	1,4
BG Mondsee	1	–	–	–	1
BG Peuerbach	1	–	–	–	1
BG Vöcklabruck	1	4	0,4	BG Frankenmarkt	5,4

<sup>14)</sup> Dem BG Linz sind überdies drei Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

	Vorst	Ri	Vorst/Ri	GEMEINSAME SYSTEMISIERUNG MIT BEZIRKSGERICHT (Erläuterungen zu den Sp. 2-4)	SUMME Sp. 2-4
1	2	3	4	5	6
BG Salzburg	1	19,1	-	BG Neumarkt, BG Oberndorf, BG Tamsweg	20,1 <sup>15)</sup>
BG Hallein	1	2	-	-	3
BG Neumarkt bei Salzburg	1	1,8	-	BG Salzburg	2,8
BG Oberndorf	1	0,7	-	BG Salzburg	1,7
BG Saalfelden	1	1	-	-	2
BG Sankt Johann im Pongau	1	4	-	-	5
BG Tamsweg	1	0,4	-	BG Salzburg	1,4
BG Thalgau	1	1	-	-	2
BG Zell am See	1	2	-	-	3
BG Innsbruck	1	19,9	-	BG Hall, BG Reutte, BG Telfs, BG Lienz	20,9 <sup>16)</sup>
BG Hall	1	4,3	-	BG Innsbruck, BG Rattenberg	5,3
BG Imst	1	1	-	-	2
BG Kufstein	1	4,5	-	BG Silz	5,5
BG Kitzbühel	1	4	-	-	5
BG Landeck	1	2	-	-	3
BG Lienz	1	2,5	-	BG Innsbruck	3,5
BG Rattenberg	1	1,2	-	BG Hall	2,2
BG Reutte	1	1,5	-	BG Innsbruck	2,5
BG Schwaz	1	2,5	-	BG Zell am Ziller	3,5
BG Silz	1	1,5	-	BG Kufstein	2,5
BG Telfs	1	1,6	-	BG Innsbruck	2,6
BG Zell am Ziller	1	1,5	-	BG Schwaz	2,5
BG Feldkirch	1	7,4	-	BG Montafon	8,4
BG Bezau	1	1	-	-	2
BG Bludenz	1	2,5	-	BG Dornbirn	3,5
BG Bregenz	1	7	-	-	8
BG Dornbirn	1	6,5	-	BG Bludenz	7,5
BG Montafon	1	0,6	-	BG Feldkirch	1,6

<sup>15)</sup> Dem BG Salzburg sind überdies noch fünf Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

<sup>16)</sup> Dem BG Innsbruck sind überdies zwei Ersatzplanstellen gemäß § 77 Abs. 8 RDG zugewiesen.

156

**IV. Sprengelrichter/innen**

	Sprengel- richter/innen
OLG-Sprengel Wien	13
OLG-Sprengel Graz	5
OLG-Sprengel Linz	5
OLG-Sprengel Innsbruck	3

**V. Richteramtsanwärter/innen**

	RIAA
OLG-Sprengel Wien	116
OLG-Sprengel Graz	57
OLG-Sprengel Linz	41
OLG-Sprengel Innsbruck	16

(BMJ-A233.50/0001-Pr 6/2005)

**41.**

**13. Erlass des Bundesministeriums für Justiz vom 22. April 2005 über die von österreichischen ordentlichen Gerichten eingeleiteten Vorabentscheidungsverfahren mit Stichtag 1. April 2005  
(korrigierte Fassung)**

1. Das Bundesministerium für Justiz setzt mit der vorliegenden aktuellen Zusammenstellung sein Bestreben fort, über die Vorabentscheidungsersuchen österreichischer ordentlicher Gerichte umfassend zu informieren. Um diese Serviceleistung weiter in der gewohnten Form aufrecht erhalten zu können, bedarf das BMJ jedoch der Mithilfe aller vorliegenden ordentlichen Gerichte. Es wird deshalb neuerdings der Erlass vom 24. Juli 1998, JMZ 30.033/148-I.11/1998 = JABl 1998, 195/29, in Erinnerung gebracht, mit dem eine Berichtspflicht der ordentlichen Gerichte im Vorabentscheidungsverfahren eingeführt wurde. Neben der unmittelbaren Information des Bundesministeriums für Justiz über sämtliche dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegte Fragen wird ersucht, auch alle Zurückziehungen ehestmöglich bekannt zu geben.

2. Bis zum Stichtag 1. April 2005 haben österreichische ordentliche Gerichte die nachfolgenden 116 Vorlagen an den EuGH übermittelt. Davon sind bisher insgesamt 104 erledigt, und zwar 28 durch Zurückziehung, 4 durch Unzuständigkeitsentscheidung, 8 durch Unzulässigkeitsentscheidung, 1 durch Beschluss des EuGH gemäß Artikel 104 Abs. 3 seiner Verfahrensordnung und 63 durch Urteil des EuGH. Um die Information über die Vorabentscheidungsersuchen österreichischer ordentlicher Gerichte so knapp und übersichtlich wie möglich zu halten, wird auf eine neuerliche Wiedergabe bereits erledigter Vorabentscheidungsersuchen (bis einschließlich Nr. 82) verzichtet (zuletzt publiziert mit 12. Erlass vom 2. August 2004 über den Stand der von österreichischen ordentlichen Gerichten eingeleiteten Vorabentscheidungsersuchen mit Stichtag 1. Juli 2004, JMZ 30.033A/0002-I.11/2004). Die aktuelle Übersicht enthält demnach nur mehr alle nach dem 8. November 2001 bis zum 31. März 2005 (Nr. 83 bis 116) eingeleiteten Vorabentscheidungsersuchen ordentlicher Gerichte.

3. Der Erlass über den Verfahrens- und Erledigungsstand der von österreichischen ordentlichen Gerichten eingeleiteten Vorabentscheidungsverfahren ist wie folgt gegliedert:

In der ersten Zeile sind die näheren Daten der Vorlageentscheidung ausgewiesen, also die vorliegende Stelle (zB OGH), das Datum des Vorlagebeschlusses und das Aktenzeichen des Vorlagebeschlusses.

In der nächsten Zeile findet sich die Kurzdefinition des Frage(n)gegenstandes.

In der Folge ist (sind) die Frage(n) der vorlegenden Behörde (insbesondere des vorlegenden Gerichts) im Volltext kursiv gesetzt wiedergegeben. Bei Sekundärrechtsakten wird soweit verfügbar die Kurzbezeichnung verwendet.

Justizanstalt	BEAMTET/BEAMTINNEN DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																		Summe A (Sp. 2 - 6, 7d, 8 - 24)					
	A1			A2			A3			A4			A5			GL								
	5	4	3	4	5	6	1	2	3	1	2	3	1	2	3		1	2		3				
1																								
JA Wien-Josefstadt	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1					
JA Eisenstadt																								
JA Feldkirch																								
JA Graz-Jakomini																								
JA Innsbruck																								
JA Klagenfurt																								
JA Linz																								
JA Salzburg																								
JA St. Pölten																								
JA Korneuburg																								
JA Krems																								
JA Wiener Neustadt																								
JA Ried																								
JA Steyr																								
JA Weis																								
JA Leoben																								
JA Garsten																								
JA Graz-Karfeld																								
JA Hirtenberg																								
JA Schwarzau																								
JA Stein																								
JA Suben																								
JA Wien-Simmering																								
JA Gollersdorf																								
JA Ljgd.Gansdorf																								
JA Wien-Mitterteig																								
JA Sonnberg																								
JA Wien-Favoriten																								
Justizweschule																								
ZWA																								
JCHilfe																								
FBZ Strafvollzug																								
OLG Wien (Personaleinsatzgr.-JA)																								
OLG Graz (Personaleinsatzgr.-JA)																								
OLG Linz (Personaleinsatzgr.-JA)																								
OLG Inrk. (Personaleinsatzgr.-JA)																								
OLG Wien (Betreuungs-Pool - JA)																								
OLG Graz (Betreuungs-Pool - JA)																								
OLG Linz (Betreuungs-Pool - JA)																								
OLG Inrk. (Betreuungs-Pool - JA)																								
OLG-Sprengel Wien - Summe	1	4	8	10	12	13	4	7	24	0	1	6	14	14	0	0	1	3	0	1	0	0	0	100
OLG-Sprengel Graz - Summe	0	0	0	0	3	0	1	1	2	0	0	2	2	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	13
OLG-Sprengel Linz - Summe	0	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	2	3	0	0	1	1	0	0	0	0	0	11
OLG-Sprengel Inrk. - Summe	0	1	1	0	1	0	0	1	1	0	0	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	8
sonstige Bindungen (nicht vert.)																								0
Gesamt	1	6	9	10	18	13	5	9	27	0	1	10	19	20	0	0	2	6	1	1	0	0	0	132
Steckplan 2005	1	6	9	10	18				27	0	1	11	19	20	0	0	2	5	1	1	0	0	0	133
Differenz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1

1 A2/A-Planz.  
Umwand. in V2  
geplant (je 0,5  
Kog./Hilfsbg.)

Bindung Bindung  
(Psych.-Bet-  
eier  
pool  
(ex1420) (feils DV)



Justizanstalt	E1										E2a										E2b			Summe E2b (Sp.67a+b) (Sp.67c)	Gesamtsumme E (Sp.67a+b+67c)
	Summe E1 (Sp.49-59)										Summe E2a										Summe E2b (Sp.67a-68)				
	10	3	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1	1	2	3	Sp. ohne Ausb./Pkt. +/-	Verh. +/-			
JA Wien-Josefstadt	1																				189	8	442		
JA Eisenstadt																								10	51
JA Feldkirch																								15	53
JA Graz-Jakomini																								16	53
JA Innsbruck																								60	168
JA Klagenfurt																								47	137
JA Linz																								39	114
JA Salzburg																								37	110
JA St.Pölten																								8	70
JA Korneuburg																								22	72
JA Wiener Neustadt																								11	60
JA Ried																								10	58
JA Steyr																								6	38
JA Wels																								3	23
JA Leoben																								14	48
JA Garsten																								16	50
JA Graz-Karlau																								46	139
JA Hirtenberg																								66	198
JA Schwarzau																								37	112
JA Steinhilber																								7	72
JA Suben																								13	51
JA Wien-Simmering																								21	140
JA Gullersdorf																								7	53
JA T.Jgdl.Gerasdorf																								4	67
JA Wien-Mittersteig																								2	77
JA Sornberg																								14	78
JA Wien-Favoriten																								2	49
Justizwachsule **)																								0	9
ZWA																								7	8
JGHilfe																								0	0
FBZ Strafvollzug																								0	0
OLG Wien (Personaleinsatzgr.-JA)																								117	117
OLG Graz (Personaleinsatzgr.-JA)																								30	30
OLG Linz (Personaleinsatzgr.-JA)																								26	26
OLG Ibrk. (Personaleinsatzgr.-JA)																								9	9
OLG Wien (Betreuungs-Pool - JA)																								0	0
OLG Graz (Betreuungs-Pool - JA)																								0	0
OLG Linz (Betreuungs-Pool - JA)																								0	0
OLG Ibrk. (Betreuungs-Pool - JA)																								0	0
OLG-Sprengel Wien - Summe																								448	1646
OLG-Sprengel Graz - Summe																								173	646
OLG-Sprengel Linz - Summe																								125	536
OLG-Sprengel Ibrk. - Summe																								62	199
sonstige Bindungen (nicht verk.)																								0	0
Gesamt																								2204	3128
Stellenplan 2006																								843	3130
Differenz																								-35	-2

\*) Bdg. gem. Punkt 4 Abs. 10  
 \*\*) 1 E1/4 u. 2 E1/2 gebil.  
 zug. Plat-Bereich 3000  
 für Bildungseinrichtung  
 dzt.Bdg.:  
 1 Abg.NR. \*Bindung gemäß Punkt 4 Abs. 10  
 1 JWS zu Gunsten Plat-Bereich 3020

Justizanstalt	LehrerInnen			Summe LehrerInnen (Sp.69 - 71)	Beamte/Beamtinnen des Krankenpflegedienstes						Summe Bmt/KrPfd. (Sp.73-76)	Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas k						Summe VB/KrPfd. (Sp.78-81)	Gesamtsumme (Sp.25-48+88+72+77+82)		
	Dir	L2	L3		K2	K3	K4	K6	K7	K8		K9	K10	K11	K12	K13	K14			K15	K16
JA Wien-Josefstadt	1			1		3	1						4			23	2	26	530,475		
JA Eisenstadt				0									0			0,5		0,5	89,4		
JA Feldkirch				0									0			0,5		0,5	64,125		
JA Graz-Jakomini				0									0			0,625		0,625	169,06		
JA Innsbruck				0									0			3,75	0	3,75	166,45		
JA Klagenfurt				0									0			0,25		0,25	120		
JA Linz				0									0		1			118,45			
JA Salzburg				0									0		0,5			74,975			
JA St. Pöten				0									0		0,25			81,3375			
JA Korneuburg				0									0		0,25			64,7075			
JA Krems				0									0		0,25			54,375			
JA Wiener Neustadt				0									0		0,25			63,1			
JA Ried				0									0		0,375			41,025			
JA Steyr				0									0					23,65			
JA Wels				0									0		0,25			54,826			
JA Leoben				0									0		0,5			53,3			
JA Garsten				0									0		1			157,85			
JA Graz-Karlau				0									0		4			216,875			
JA Hirtenberg				0									0		1			124,7			
JA Schwarzau				0									0		0,5			81,125			
JA Stein				0									0		2			337,8			
JA Suben				0									0		0,75			87,26			
JA Wien-Simmering		0		0									0		1			163,326			
JA Gollersdorf				0				8	10			18	3,5	13	8			126,525			
JA Jgdl.Gerasdorf	1			2								0			0,25			87,55			
JA Wien-Mittersteig				0								0	3,5	4				118,355			
JA Sonnborg				0								0			0,25			86,325			
JA Wien-Favoriten				0								0						66,875			
Justizwachsenschule				0								0						10			
ZWA				0								0						9			
JGHilfe				0								0						16			
FBZ Strafvollzug				0								0						4			
OLG Wien (Personaleinsatzgr.-JA)				0								0						119			
OLG Graz (Personaleinsatzgr.-JA)				0								0						31			
OLG Linz (Personaleinsatzgr.-JA)				0								0						27			
OLG Ibrk. (Personaleinsatzgr.-JA)				0								0						9			
OLG Wien (Betreuungs-Pool - JA)				0								0						3			
OLG Graz (Betreuungs-Pool - JA)				0								0						0,6			
OLG Linz (Betreuungs-Pool - JA)				0								0						0,6			
OLG Ibrk. (Betreuungs-Pool - JA)				0								0						0,4			
OLG-Sprengel Wien - Summe	2	1	0	3	0	11	11	0	22	8	0	46,5	10	64,5	223,175						
OLG-Sprengel Graz - Summe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5,375	0	5,375	592,525						
OLG-Sprengel Linz - Summe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3,875	0	3,875	565,325						
OLG-Sprengel Ibrk. - Summe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4,25	0	4,25	289,975						
sonstige Bindungen (nicht vert.)				0					0			0		0				0			
Gesamt	2	1	0	3	0	11	11	0	22	8	0	60	10	64,5	223,175			3639			
Stellenplan 2005	2	1	0	3	0	11	11	0	22	8	0	60	10	64,5	223,175			3645			
Differenz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			-6			



**PLANSTELLENÜBERSICHT für das Jahr 2005 - Stand Juli 2005 (JMZ 232.50/5-Pr 6/2004)**

Justizanstalten	SUMME Allgemeiner Verw. Dienst	SUMME Vertragsbedienstete	SUMME Exekutivdienst	SUMME Lehrer/innen	SUMME Krankenpflegedienst		GESAMT- SUMME
					Beamte/innen	VB	
Planstellenzuweisung 2005	132	279	3125	3	22	78	3639
Stellenplan 2005	133	279	3130	3	22	78	3645
Differenz (ohne "sonstige Bindungen")	-1	0	-5	0	0	0	-6

\*) 1 A2/4-Planst. > Umwandlung v2

\*) gemäß Punkt 4 Abs. 10 d. A.T. des Stellenplans sind 1 Planstelle (1 E1/7) zu Gunsten des Planstellenbereiches 3000-Zentralleitung und 4 Planstellen (2 E2a/6, 1 E2a/4, 1 E2a/2) zu Gunsten des Planstellenbereiches 3020-JBtdL gebunden (OLG Wien)

**GEGENÜBERSTELLUNG STELLENPLAN 2004 (idFd. Anpassung vom 22.6.2004) - STELLENPLAN 2005**

Justizanstalten	SUMME Allgemeiner Verw. Dienst	SUMME Vertragsbedienstete	SUMME Exekutivdienst	SUMME Lehrer/innen	SUMME Krankenpflegedienst		GESAMT- SUMME
					Beamte/innen	VB	
Stellenplan 2004 idFd Anpassung 6/04	132	275	3007	3	22	78	3517
Stellenplan 2005	133	279	3130	3	22	78	3645
Differenz	1	4	123	0	0	0	128











# ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahre 2005 im Sprengel  
des LG/der SW Eisenstadt  
systemisierten Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete  
Darstellungsteil 2 (siehe Anmerkung)

GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES												VERTRAGSBEIENSTETETE DES VERWALTUNGSDIENSTES												Summe der Sp. 18+20	Summe der Sp. 10-20	Summe der Sp. 18+30	Ältere Arbeitslose					Summe der Sp. 31-34	Vertragsbedienstete d. Handw. d. Dienstes					Summe der Sp. 38-39	Gesamtsumme der Sp. 35+39							
	A.1						A.2						A.3						Summe der Sp. 2-17	V1	V2	V3	V4	V5				21	22	23	24	25		26	27	28	29										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18																				19			1	2	3	4	5	13	14
LG Eisenstadt				1	1,4					1	0,7					1	1,78						1	9,85										7	8,4	2,2			0,7	28,16							
BG Eisenstadt				1	3,4						0,3					1	1,25							7,85											4	2	0,21			0,15	14,31						
BG Güssing				1,2	1																		3,2														2	1			7,2						
BG Jennersdorf				0,6	1						1												3,8																	5,06							
BG Mittersburg				1	2																		4																	9							
BG Neusiedl/See				1	3,6																		8,6																		14,1						
BG Oberpullendorf				1	2																		5																		9						
BG Oberwart				1	4																		9																			14,5					
Zwischensumme BG				7	17						1	0,3				7	5,25					41,85													2	10,25	1	10	1,21		0,15	73,01					
Summe d. Gerichtshörspr.				1	8	18,4										8	7					51,4																			0,85	49,06	100,46				
Staatsanwaltschaften																						2																				0,15	3,10	5,19	8,24	101,31	
Bezirksanwaltschaften																							3,5																					3,5	5,34	8,84	
Summe der sta Behörden																						6,5																					0,15	8,84	14,9		
Gesamtsumme				1	8	18,4										1	9					90,9																							1	110,15	220,30

NAME DER SACHBEARBEITERIN: Pulzer  
 KLAPPE: 3381  
 DATUM: 07.03.2008

Genm. PKr 3 Abr 3 A T des Stellenplanes zugewiesene BEHINDERTE PLANSTELLEN

Vor-Zuname  LG Eisenstadt	Planstellenquantität  41/1
Andree Opalka	

UNTERSCHRIFT DER SACHBEARBEITERIN:

- Anmerkung: 1. In der Teile 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes i. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirke (ohne Bezirkswahlkreis) alphabetisch aufzuführen. Hinsichtlich der Bezirke ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betroffenen Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem Rhythmus-Einsatz) auszuweisen (z.B. beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behinderungsplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!









UBERSICHT

über die Zahl der im Jahre 2005 im Sprengel des LG/der StA Wr. Neustadt systemisierten Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete Darstellungstiefe 2 (siehe Anmerkung)

Main data table with columns for court categories (GERICHT/STA), service types (A1-A3), and various counts/sums. Includes sub-headers for 'BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES' and 'VERTRAGSBEIENSTETETE DES VERWALTUNGSDIENSTES'. Rows list various BG (Bezirksgericht) and LG (Landgericht) entries.

Administrative form with fields for 'Vorname', 'Nachname', 'Planstellenqualität', and 'Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des Stellenplanes zugewiesene BEHINDERTE PLANSTELLEN'. Includes a box for 'Unterschrift der Sachbearbeiterin'.

NAME DER SACHBEARBEITERIN: Publer
KLAPPE: 3881
DATUM: 07.02.2006
UNTERSCHRIFT DER SACHBEARBEITERIN:

Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!





# ÜBER

über die Zahl der im Ja  
im OLG -OSTA-  
systemisierten Planstellen für  
Darstellungstiefe 1 (

GERICHTSHOF (Sprengel)	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSBE			
	A2								A3									v1		v2	
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1	1		3	2	1	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Oberlandesgericht		4	9	3	13,5	7	3		3		1	6	1,5	6,6	6,3	63,9			1		1
Personaleinsatzgruppe					17					4						21					4
Ausbildungspool beim OLG Graz																					13
FEX														83		83					
Zwischensumme		4	9	3	30,5	7	3		3		5	6	1,5	89,6	6,3	167,9			1		18
LG für ZRS Graz		2		9,5	67	2			7	4	3	2	23,5	30,4	75,7	226,1					5
LG für Strafsachen Graz			1						1	2		1	4		15,7	24,7					
LG Leoben		1		9,5	23,5	2			5,94	1,97		2	5	15	37	102,91					2
LG Klagenfurt		1	2	10	43	1			2	4		2	17	29	55	166					5
Summe d. Gerichtshofsprg.		4	3	29	133,5	5			15,94	11,97	3	7	49,5	74,4	183,4	519,71					12
Oberstaatsanwaltschaft						1						1				2					
Staatsanwaltschaften					1	2			0,06	0,03	9	3			7,3	22,39					
Bezirksanwaltschaften											23					23					
Summe d. sta. Behörden					1	3			0,06	0,03	32	4			7,3	47,39					
Summe des OLG-Spreng.		8	12	32	165	15	3		19	12	40	17	51	164	197	735			1		30

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 1 erfolgt die Darstellung grundsätzlich nach Gerichtshöfen bzw Gerichtshofsprengeln. In der ersten Zeile ist das Oberlandesgericht (ohne Einbringungsstelle und Verwahrungsabteilung sowie ohne Personaleinsatzgruppe) anzuführen. Nach der ersten Zwischensumme sind die Gerichtshofsprengeln erster Instanz (einschließlich der BG-Planstellen, jedoch ohne die den Staatsanwaltschaften und Bezirksanwaltschaften zugewiesenen Planstellen) aufzulisten. Nach dieser Auflistung ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Die Planstellen für sta Behörden sind ausschließlich in den vorgesehenen Zeilen einzutragen.
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

**Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des**  
Vor- Zuname

**LICHT**  
 e 2005 im Sprengel  
 Sprengel Graz  
 richterliche Bedienstete  
 (siehe Anmerkung)

DIENTSTELLEN DES VERWALTUNGSDIENSTES										Summe der Sp. 18-30	Summe der Sp. 17+31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32-35	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37-39	Gesamtsumme der Sp. 36+40
v3					v4			v5	v4		v5	h3			h4			h5		
23	24	25	26	27	27	28	29	30	2	1	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
					1	11,7	1,6		16,3	80,2				80,2		1,2		1,2	81,4	
									4	25				25					25	
									13	13				13					13	
					5				5	88				88					88	
					6	11,7	1,6		38,3	206,2				206,2		1,2		1,2	207,4	
	4	1	2			47,8	11,9		71,7	297,8				297,8		1,8		1,8	299,6	
			2			12	2,5		16,5	41,2				41,2	1	1		2	43,2	
			1	1		2	16	5,38	27,38	130,29				130,29		1,95		1,95	132,24	
	1		1	8		2	49,5	11	77,5	243,5				243,5					243,5	
	1	4	5	11	4	125,3	30,78		193,08	712,79				712,79	1	4,75		5,75	718,54	
						1			1	3				3					3	
						9	0,62		9,62	32,01				32,01		0,05		0,05	32,06	
										23				23					23	
						10	0,62		10,62	58,01				58,01		0,05		0,05	58,06	
	1	4	5	11	10	147	33		242	977				977	1	6		7	984	

**Planstellen zugewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN**  
 nicht/Staatsanwaltschaft Planstellenqualität

Name der Sachbearbeiterin: Höflerer  
 KLAPPE: 1360  
 DATUM: 09.03.2005

Unterschrift d. Sachbearbeiterin: *Höflerer*

BMJ Kopierer 2

# ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahr  
des LG - Sprenges  
systemisierten Planstellen für  
Darstellungstiefe 2 ( )

GERICHT/SIA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSSTÄTTEN					
	A2								A3									v1	v2				
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1	1		3	2				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20				
LG für ZRS Graz			1		2,5		7				1		2		2	3,5	15,4	6,2	40,6				
BG Graz			1		0,2		30,5		2		1		2		2		13	3	28,5	83,2			
BG Deutschlandsberg							3,5				1						1	5	10,5				
BG Feldbach					1		3,7							2		2		3	11,7				
BG Frohnleiten							2,2				1							4	7,2				
BG Fürstenfeld					1		1,2									1		3	6,2				
BG Gleisdorf					1		1,3									1		5	8,3				
BG Hartberg					1		3										4	4	12				
BG Leibnitz					1		6						1		4	3		3	18				
BG Bad Radkersburg							2				1							3	6				
BG Stainz							1,3				1							2	4,3				
BG Voitsberg					0,8		3,5								1			5	10,3				
BG Weiz					1		1,8				1							4	7,8				
Zwischensumme BG			1		7		60		2			6	2	3		20	15	69,5	185,5				
Summe d. Gerichtshofspr.			2		9,5		67		2			7	4	3	2	23,5	30,4	75,7	226,1				
Staatsanwaltschaften																							
Bezirksanwaltschaften																							
Summe d. sta. Behörden																							
Gesamtsumme			2		9,5		67		2			7	4	3	2	23,5	30,4	75,7	226,1				

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwälte) alphabetisch aufzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

<b>Gem. Pkt 3 Abs</b>
Vor- Zuname

PISForm: N 2



**CHT**  
 2005 im Sprengel  
 für ZRS Graz  
 Richterliche Bedienstete  
 (siehe Anmerkung)

BEHINDERTENPLANSTELLEN DES VERWALTUNGSDIENSTES										Summe der Sp. 18-30	Summe der Sp. 17+31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32-35	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37-39	Gesamt- summe d. Sp. 36 + 40
v3					v4			v5	v4			v5	h3	h4		h5				
5	4	3	2	1	3	2	1													
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
		1				9,3	6,4			17,7	58,3			58,3		0,8		0,8	59,1	
		2		1		23,5	5,3			35,8	119			119		1		1	120	
						2				2	12,5			12,5					12,5	
						2,5				2,5	14,2			14,2					14,2	
				0,5		2,5				3	10,2			10,2					10,2	
											6,2			6,2					6,2	
											8,3			8,3					8,3	
							1			1	13			13					13	
		1					3			4	22			22					22	
											6			6					6	
							1	0,2		1,2	5,5			5,5					5,5	
			1	0,5			3			4,5	14,8			14,8					14,8	
											7,8			7,8					7,8	
		3	1	2		38,5	5,5			54	239,5			239,5		1		1	240,5	
		4	1	2		47,8	11,9			71,7	297,8			297,8		1,8		1,8	299,6	
		4	1	2		47,8	11,9			71,7	297,8			297,8		1,8		1,8	299,6	

**BEHINDERTENPLANSTELLEN**  
 des Stellenplanes zugewiesene  
 Gericht/Staatsanwaltschaft

Planstellenqualität

Name der Sachbearbeiterin: Höflerer

Klasse: 1360

Datum: 09.03.2005

Unterschrift d. Sachbearbeiterin:

*Höflerer*

# ÜBER

über die Zahl der im  
des LG - Sprengels f  
systemisierten Planstellen für  
Darstellungstiefe 2

GERICHT/StA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES															Summe der Sp. 2-16	VERTR.	
	A2								A3								v1	3
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
LG für Strafsachen Graz				1					1	2			1	4		15,7	24,7	
Zwischensumme BG																		
Summe d. Gerichtshofspr.				1					1	2			1	4		15,7	24,7	
Staatsanwaltschaft Graz						1						4	1			5,3	11,3	
Bezirksanwaltschaften												10					10	
Summe d. sta. Behörden						1						14	1			5,3	21,3	
Gesamtsumme				1		1			1	2	14	2	4			21	46	

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwälte) alphabetisch aufzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 AI  
Vor- Zuname

**CHT**  
 e 2005 im Sprengel  
 Strafsachen Graz  
 richterliche Bedienstete  
 (siehe Anmerkung)

BEDIENSTETE DES VERWALTUNGSDIENSTES										Summe der Sp. 18-30	Summe der Sp. 17+31	Ältere Arbeitslose		Summe der Sp. 32-35	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37-39	Gesamt- summe der Sp. 36+40	
v3					v4			v5	v4			v5	h3		h4	h5				
1	5	4	3	2	1	3	2	1			2	1								
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41
				2			12	2,5		16,5	41,2				41,2	1	1		2	43,2
				2			12	2,5		16,5	41,2				41,2	1	1		2	43,2
							4	0,5		4,5	15,8				15,8					15,8
											10				10					10
							4	0,5		4,5	25,8				25,8					25,8
				2			16	3		21	67				67	1	1		2	69

**AT des Stellenplanes zugewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN**

Gericht/Staatsanwaltschaft	Planstellenqualität
----------------------------	---------------------

Name der Sachbearbeiterin: Höfferer  
 Klappe: 1360  
 Datum: 09.03.2005

Unterschrift d. Sachbearbeiterin: *Höfferer*

## ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahre 2005  
des LG - Sprengel  
systemisierten Planstellen für  
Darstellungstiefe 2 (A2/A3)

GERICHT/StA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																Summe der Sp. 2-16	VERTRAGS		
	A 2								A 3									v1		v2
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1	1		3	2	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
LG Leoben		1		1,9	2	1			1,94	1,38		2	1	6,8	6,8	25,82				
BG Leoben				1	5,05				1	0,59				2,2	5,2	15,04				
BG Bruck a.d.Mur				1	5,65								2	3	3	14,65				
BG Irning				0,6	1,3										3	4,9				
BG Judenburg				1	2,5								2		4	9,5				
BG Knittelfeld				1	1	1								2	1	6				
BG Liezen				1	2,1				1						3	7,1				
BG Murau				1	0,5				1						3	5,5				
BG Mürzzuschlag					2,8				1					1	4	8,8				
BG Schladming				1	0,6										4	5,6				
Zwischensumme BG				7,6	21,5	1			4	0,59				4	8,2	30,2	77,09			
Summe d. Gerichtshofspr.		1		9,5	23,5	2			5,94	1,97		2	5	15	37	102,91				
Staatsanwaltschaft Leoben						1			0,06	0,03	2	1			2	6,09				
Bezirksanwaltschaften											5					5				
Summe d. sta. Behörden						1			0,06	0,03	7	1			2	11,09				
Gesamtsumme		1		9,5	23,5	3			6	2	7	3	5	15	39	114				

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwälte) alphabetisch aufzuzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

<b>Gem. Pkt 3 Ab</b>
Vor- Zuname

PISForm: N 2

**CHT**

2005 im Sprengel  
als Leoben  
richterliche Bedienstete  
(siehe Anmerkung)

DIENSTETE DES VERWALTUNGSDIENSTES										Summe der Sp. 18-30	Summe der Sp. 17+31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32-35	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37-39	Gesamt- summe der Sp. 36+40
v3					v4			v5	v4			v5	h3	h4		h5				
5	4	3	2	1	3	2	1													
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
			1			2	4	3,51		11,51	37,33			37,33		1,95		1,95	39,28	
						0,5	1,87			2,37	17,41			17,41					17,41	
						3				4	18,65			18,65					18,65	
						1,5				1,5	6,4			6,4					6,4	
						2,5				2,5	12			12					12	
						1,5				1,5	7,5			7,5					7,5	
				1		1				2	9,1			9,1					9,1	
						1				1	6,5			6,5					6,5	
						0,5				0,5	9,3			9,3					9,3	
						0,5				0,5	6,1			6,1					6,1	
				1		12	1,87			15,87	92,96			92,96					92,96	
			1	1		2	16	5,38		27,38	130,29			130,29		1,95		1,95	132,24	
						0,5	0,12			0,62	6,71			6,71		0,05		0,05	6,76	
											5			5					5	
						0,5	0,12			0,62	11,71			11,71		0,05		0,05	11,76	
			1	1		2	16,5	5,5		28	142			142		2		2	144	

AT des Stellenplanes zugewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN  
Gericht/Staatsanwaltschaft

Planstellenqualität

Name der Sachbearbeiterin: Höfler

Klappe: 1360

Datum: 09.03.2005

Unterschrift d. Sachbearbeiterin:

*Höfler*

# ÜBER

über die Zahl der im Jahr  
des LG - Spreng  
systemisierten Planstellen für  
Darstellungstiefe 2 (

GERICHT/SIA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES															Summe der Sp. 2-16	VERTRÄ		
	A 2								A 3								v1	v2	
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1				1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
LG Klagenfurt		1			2	3				1	1,2		2	4	11,6	9,3	35,1		
BG Klagenfurt				1	0,4	15,6					0,8			3	7,4	8,7	36,9		
BG Bleiburg					0,6											2	2,6		
BG Eisenkappel					0,8											1,4	2,2		
BG Feldkirchen					1	1,8	1									2	5,8		
BG Fertach					1											1,6	2,6		
BG Hermagor						0,8				1						2	3,8		
BG Spittal a.d.Drau					1	5,2					1			2	3	5	17,2		
BG St.Veit a.d.Glan					1,2	2,6								1	3	7	14,8		
BG Villach				1		10					1			6	1	10	29		
BG Völkermarkt					1	1									2	3	7		
BG Wolfsberg					1	3								1	1	3	9		
Zwischensumme BG				2	8	40	1			1	2,8			13	17,4	45,7	130,9		
Summe d. Gerichtshofspr.		1		2	10	43	1			2	4		2	17	29	55	166		
Staatsanwaltschaft Klagenfurt							1					3	1				5		
Bezirksanwaltschaften												8					8		
Summe d. sta. Behörden							1					11	1				13		
Gesamtsumme		1	2	10	43	2				2	4	11	3	17	29	55	179		

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwältinnen) alphabetisch aufzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 / Vor- Zuname
-----------------------------

PISForm: N 2

**RICHT**  
 e 2005 im Sprengel  
 ls Klagenfurt  
 chtrichterliche Bedienstete  
 ehe Anmerkung)

S-BEDIENSTETE DES VERWALTUNGSDIENSTES										Summe der Sp. 18-30	Summe der Sp. 17+31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32-35	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37-39	Gesamt- summe der Sp. 36+40
v3					v4			v5	v4			v5	h3	h4		h5				
1	5	4	3	2	1	3	2		1								2	1		
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41
			1		1	2,7	1	17,6	8,7		32	67,1			67,1					67,1
5					2,3			11,4	2,3		21	57,9			57,9					57,9
												2,6			2,6					2,6
												2,2			2,2					2,2
					2			1			3	8,8			8,8					8,8
								1			1	3,6			3,6					3,6
								0,5			0,5	4,3			4,3					4,3
								2			2	19,2			19,2					19,2
								0,5			0,5	15,3			15,3					15,3
							1	10			11	40			40					40
								2,5			2,5	9,5			9,5					9,5
					1			3			4	13			13					13
5					5,3		1	31,9	2,3		45,5	176,4			176,4					176,4
5		1			1	8	2	49,5	11		77,5	243,5			243,5					243,5
								4,5			4,5	9,5			9,5					9,5
												8			8					8
								4,5			4,5	17,5			17,5					17,5
5		1			1	8	2	54	11		82	261			261					261

**3 AT des Stellenplanes zugewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN**

**Gericht/Staatsanwaltschaft**      **Planstellenqualität**

Name der Sachbearbeiterin: Höflerer

Klappe: 1360

Datum: 09.03.2005

Unterschrift d. Sachbearbeiterin: *Höflerer*

zu BMJ-A233.301/0001-Pr 7/2005

## **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 im Sprengel des Oberlandesgerichtes**

**L I N Z**

**systemisierten Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete**

**(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen Planstellen)**

**Darstellungstiefe 1**



# ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahr 2002 im OLG-/OSTA-Sprengel systemisierten Planstellen für nicht Darstellungsstufe 1 (siehe

GERICHTSHOF (Sprengel)	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSBEDIE				
	A2								A3									v1	v2			
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1	1			3	2	1	5
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
Oberlandesgericht		3,0	10,0	4,0	19,0	2,0	2,0	3,0	1,0		1,00	1,0	2,0	4,0		52,0		3,0	1,0			1,0
Rechtspleger-Ausbildungspool						1,0										1,0					16,0	
Personaleinsatzgruppe					10,0						3,0					13,0					4,0	
Gerichtsvollzieher									1,0					69,0		70,0						
Zwischensumme		3,0	10,0	4,0	29,0	3,0	2,0	3,0	2,0	0,0	4,0	1,0	2,0	73,0	0,0	136,0	0,0	3,0	1,0	20,0	1,0	
LG-Sprengel																						
Linz		1,0	1,0	8,0	28,8	2,0	0,0	0,0	3,0	4,0	0,0	1,0	7,0	22,0	23,0	100,8		0,0	0,0	0,0	1,0	
Ried i.L.		0,0	1,0	3,0	10,0	4,0	0,0	0,0	6,0	1,0	0,0	1,0	0,0	9,0	10,0	45,0		0,0	0,0	1,0	1,0	
Salzburg		1,0	1,0	10,0	42,2	1,0	0,0	0,0	5,0	4,0	0,0	2,0	15,0	16,0	11,0	108,2		0,0	0,0	0,0	0,0	
Steyr		0,0	1,0	1,0	14,0	0,0	0,0	0,0	4,0	1,0	0,0	1,0	2,0	7,0	9,0	40,0		0,0	0,0	0,0	0,0	
Wels		1,0	0,0	8,0	28,0	1,0	0,0	0,0	4,0	2,0	0,0	1,0	10,0	21,0	16,0	92,0		0,0	0,0	0,0	1,0	
Summe d. Gerichtshöfe		3,0	4,0	30,0	123,0	8,0	0,0	0,0	22,0	12,0	0,0	6,0	34,0	75,0	69,0	388,0	0,0	0,0	0,0	1,0	3,0	
Oberstaatsanwaltschaft						1,0						1,0				2,0						
Staatsanwaltschaften		0,0	0,0	0,0	0,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	14,2	0,0	0,0	0,0	0,0	19,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Bezirksanwaltschaften		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	14,8	0,0	0,0	0,0	0,0	14,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Summe der sta. Behörden		0,0	0,0	0,0	0,0	6,0	0,0	0,0	0,0	0,0	29,0	1,0	0,0	0,0	0,0	36,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Gesamtsumme		6,0	14,0	34,0	152,0	17,0	2,0	3,0	24,0	12,0	33,0	8,0	36,0	148,0	69,0	558,0	0,0	3,0	1,0	21,0	4,0	

Gem. Teil 1 3(9) des Stellenplanes zugewiesene Verwalt.

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 1 erfolgt die Darstellung grundsätzlich nach Gerichtshöfen bzw. Gerichtshofsprengeln. In der ersten Zeile ist das Oberlandesgericht (ohne Einbringungsstelle und Verwahrungsabteilung sowie ohne Personaleinsatzgruppe) anzuführen. Nach der ersten Zwischensumme sind die Gerichtshofsprengel erster Instanz (einschließlich der BG-Planstellen, jedoch ohne die den Staatsanwaltschaften und Bezirksanwaltschaften zugewiesenen Planstellen) aufzuführen. Nach dieser Aufzählung ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Die Planstellen für sta. Behörden sind ausschließlich in den vorgesehenen Zeilen einzutragen.
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des Stellenplanes:

Vor- Zuname	Gerichtshof
Jutta WÄMNER	LG Steyr
Helmut KEHRER	OLG Linz
Mag. Wolfgang TURBA	LG Linz
Arita KORP	LG Linz
Robert OTT	BG Linz
Robert HUBER	BG Steyr
Ingrid WIDEGGER	LG Wels
Sylvia BERGER-SCHULLE	BG Zell am See (Ersatz: Ger
Wolfgang AUMAYR	LG Salzburg
Roland PITSCH	LG Salzburg
Stilla-Maria MITTERAUER	StA Salzburg
Eva-Maria DICKINGER	BG Gmunden

re 2005  
 gel Linz  
 hterliche Bedienstete  
 Anmerkung)

STETE DES VERWALTUNGSDIENSTES								Summe der Sp. 18 - 30	Summe der Sp. 17 + 31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32 - 35	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37 - 39	Gesamt- summe der Sp. 36 + 40
v3				v4			v5			v4		v5		n3	n4	n5		
4	3	2	1	3	2	1		2	1									
1,0	5,5	2,5	1,0		8,1	1,5		24,6	76,6				76,6	2,0			2,0	78,6
								16,0	17,0				17,0				0,0	17,0
1,0								5,0	18,0				18,0				0,0	18,0
		4,0						4,0	74,0				74,0				0,0	74,0
2,0	5,5	6,5	1,0	0,0	8,1	1,5	0,0	49,6	185,6	0,0	0,0	0,0	185,6	2,0	0,0	0,0	2,0	187,6
0,0	10,0	16,0	14,0	1,5	30,4	6,0	0,0	78,9	179,7	2,0	1,0	2,0	184,7	1,0	1,0	0,0	2,0	186,7
0,0	0,5	3,0	11,5	0,0	9,5	1,0	0,0	27,5	72,5	0,0	0,0	0,0	72,5	0,0	0,0	0,0	0,0	72,5
0,0	10,5	16,0	28,5	8,5	48,0	9,5	0,0	121,0	229,2	3,0	0,0	0,0	232,2	0,0	1,0	0,0	1,0	233,2
0,0	0,5	1,5	10,0	1,0	13,5	0,0	0,0	26,5	66,5	1,0	0,0	0,0	67,5	0,0	0,0	0,0	0,0	67,5
0,0	4,0	14,5	14,5	1,0	25,0	1,0	0,0	61,0	153,0	1,0	1,0	1,0	156,0	1,0	0,0	0,0	1,0	157,0
0,0	25,5	51,0	78,5	12,0	126,4	17,5	0,0	314,9	700,9	7,0	2,0	3,0	712,9	2,0	2,0	0,0	4,0	716,9
					1,0			1,0	3,0				3,0				0,0	3,0
2,0	0,0	2,5	4,5	0,0	9,5	1,0	0,0	19,5	38,7	0,0	0,0	0,0	38,7	0,0	0,0	0,0	0,0	38,7
1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	15,8	0,0	0,0	0,0	15,8	0,0	0,0	0,0	0,0	15,8
3,0	0,0	2,5	4,5	0,0	10,5	1,0	0,0	21,5	57,5	0,0	0,0	0,0	57,5	0,0	0,0	0,0	0,0	57,5
5,0	31,0	60,0	84,0	12,0	145,0	20,0	0,0	386,0	944,0	7,0	2,0	3,0	956,0	4,0	2,0	0,0	6,0	962,0

gspraktikantenstelle: Christoph Pflsl, LG Linz (v2)

gewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN	
Arbeitsstelle	Planstellenanzahl
VB v3/1	
VB v4/1	
VB v4/2	
VB v4/1	
VB v4/1	
VB v4/2	
VB v4/2 (30 WoSt.)	
VB v4/2	
VB v4/1	
VB v4/1	
VB v4/1	
VB v4/1	

NAME DES SACHBEARBEITERS: August POINTNER

datum: 9.3.2005

KLAPPE: 1310

UNTERSCHRIFT DES SACHBEARBEITERS:

*Aug. Pointner*

d Feldner)

zu BMJ-A233.301/0001-Pr 7/2005

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 des Sprengels des**

**LANDESGERICHTES LINZ**

**systemisierten Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete**

**(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen Planstellen)**

**Darstellungstiefe 2**

# ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahre 2011  
des LG \* - / STA \* - Sprengel  
systemisierten Planstellen für nicht  
Darstellungstiefe 2 (siehe  
\* die Bezeichnung ist gegeben)

GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSBEDIE					
	A2								A3									v1	v2				
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1	1			3	2	1	5	
LG Linz		1,0		2,0	3,0	1,0					2,0		1,0	1,7	8,0	1,0	20,7						1,0
BG Freistadt				0,6											1,0	4,0	5,6						
BG Leonfelden				0,4						1,0							1,4						
BG Linz			1,0		14,0					1,0			4,3	6,0	7,0	33,3							
BG Traun				1,0	6,2					1,0	1,0		1,0	3,0	4,0	17,2							
BG Mauthausen						1,0				1,0					1,0	3,0							
BG Perg				1,0	1,0									1,0	1,0	4,0							
BG Pregarten				1,0										1,0	1,0	3,0							
BG Rohrbach				1,0	1,6									1,0	2,0	5,6							
BG Urfahr-Umgebung				1,0	3,0									1,0	2,0	7,0							
Zwischensumme BG		0,0	1,0	6,0	25,8	1,0	0,0	0,0	3,0	2,0	0,0	0,0	5,3	14,0	22,0	80,1		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Summe d. Gerichtshofsp.		1,0	1,0	8,0	28,8	2,0	0,0	0,0	3,0	4,0	0,0	1,0	7,0	22,0	23,0	100,8		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Staatsanwaltschaften						1,0						2,0				3,0							
Bezirksanwaltschaften												5,8				5,8							
Summe der sta Behörden						1,0						7,8				8,8							
Gesamtsumme		1,0	1,0	8,0	28,8	3,0	0,0	0,0	3,0	4,0	7,8	1,0	7,0	22,0	23,0	109,6		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0

Gem. Teil 1 3(9) des Stellenplanes zugewiesene Verwalt.

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwaltschaften) alphabetisch aufzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. PKT 3 Abs 3 AT des Stellenplanes:	
Vor-Zuname	Gericht/Staats
Mag. Wolfgang TURBA	LG Linz
Anita KORP	LG Linz
Robert OTT	BG Linz

im Sprengel  
s Linz  
rliche Bedienstete  
(Anmerkung)  
(komplizieren)

STELLE DES VERWALTUNGSDIENSTES							Summe der Sp. 18-30	Summe der Sp. 17+31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32-35	Vertragsbedienstete d. Handw. Dienstes			Summe der Sp. 37-39	Gesamtsumme der Sp. 38+40	
v3			v4			v4			v5	h3 h4 h5								
3	2	1	3	2	1	2			1									
34	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	41		
4,0	5,5	3,5	1,5	14,1	2,0		31,6	52,3		1,0	1,0	54,3	1,0			1,0	55,3	
							0,0	5,6				5,6				0,0	5,6	
	1,0						1,0	2,4				2,4				0,0	2,4	
4,0	6,5	1,0		11,1	3,0		25,6	58,9			1,0	59,9				0,0	59,9	
1,0	2,0	1,5		2,2			6,7	23,9	2,0			25,9		1,0		1,0	26,9	
		1,0		1,0			2,0	5,0				5,0				0,0	5,0	
1,0		1,5					2,5	6,5				6,5				0,0	6,5	
		0,5					0,5	3,5				3,5				0,0	3,5	
		4,5					4,5	10,1				10,1				0,0	10,1	
	1,0	0,5		2,0	1,0		4,5	11,5				11,5				0,0	11,5	
0	6,0	10,5	10,5	0,0	16,3	4,0	0,0	47,3	127,4	2,0	0,0	1,0	130,4	0,0	1,0	0,0	1,0	131,4
0	10,0	16,0	14,0	1,5	30,4	6,0	0,0	78,9	179,7	2,0	1,0	2,0	184,7	1,0	1,0	0,0	2,0	186,7
		1,0	2,0		3,0	0,5		6,5	9,5			9,5					9,5	
0								1,0	6,8			6,8					6,8	
0		1,0	2,0		3,0	0,5		7,5	16,3			16,3					16,3	
0	10,0	17,0	16,0	1,5	33,4	6,5	0,0	86,4	196,0	2,0	1,0	2,0	201,0	1,0	1,0	0,0	2,0	203,0

raktikantenstelle: Christoph Pflsl, LG Linz (v2)

Mögliche BEHINDERTENPLANSTELLEN	
Beschäft	Planstellenqualität
	VB v4/2
	VB v4/1
	VB v4/1

NAMEN DES SACHBEARBEITERS: August POINTNER  
 KLASSE: 1310  
 DATUM: 9.3.2005  
 UNTERSCHRIFT DES SACHBEARBEITERS: *Aug. Pointner*

zu BMJ-A233.301/0001-Pr 7/2005

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 des Sprengels des  
LANDESGERICHTES RIED IM INNKREIS  
systemisierten Planstellen für nichttrichterliche Bedienstete  
(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen Planstellen)**

**Darstellungstiefe 2**

# ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahre 2012 des LG \* - / STA \* - Sprengels systemisierten Planstellen für nicht Darstellungstiefe 2 (siehe \* die Bezeichnung ist gegeben)

GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES														Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSBEDIE					
	A2							A3								v1		v2			
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2		1	1	3	2	1	5
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
LG Ried			1,0	1,0	1,0					0,7		1,0		2,0	6,0	12,7					1,0
BG Braunau a.L.						2,5			2,0							4,5					1,0
BG Mattighofen				1,0	2,5				1,0					1,0	2,0	7,5					
BG Mauertal																0,0					
BG Obornberg a.L.																0,0					
BG Ried i.L.					3,0	2,0			2,0	0,3				1,0	1,0	9,3					
BG Schärding				1,0	1,0	2,0			1,0					5,0	1,0	11,0					
Zwischensumme BG			0,0	0,0	2,0	9,0	4,0	0,0	0,0	6,0	0,3	0,0	0,0	7,0	4,0	32,3			0,0	0,0	1,0
Summe d. Gerichtshofsp.			0,0	1,0	3,0	10,0	4,0	0,0	0,0	6,0	1,0	0,0	1,0	9,0	10,0	45,0			0,0	0,0	1,0
Staatsanwaltschaften							1,0					2,2				3,2					
Bezirksanwaltschaften																0,0					
Summe der sta Behörden							1,0					2,2				3,2					
Gesamtsumme			0,0	1,0	3,0	10,0	5,0	0,0	0,0	6,0	1,0	2,2	1,0	9,0	10,0	48,2			0,0	0,0	1,0

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwältin) alphabetisch aufzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des Statutenplanes	
Vor- Zuname	Gericht/Staats

im Sprengel  
 im Innkreis  
 lterliche Bedienstete  
 (Anmerkung)  
 zu korrigieren)

TETE DES VERWALTUNGSDIENSTES								Summe der Sp. 16 - 30	Summe der Sp. 17 + 31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32 - 35	Vertragsbedienstete d. Handwerkli. Dienstes			Summe der Sp. 37 - 39	Gesamt- summe der Sp. 38 + 40
v3			v4			v5	v4			v5	h3	h4		h5				
4	3	2	1	3	2	1	2			1								
	0,5	2,0	1,5		3,0	1,0			9,0	21,7						0,0	21,7	
		1,0	5,0						7,0	11,5						0,0	11,5	
			2,0		1,5				3,5	11,0						0,0	11,0	
									0,0	0,0						0,0	0,0	
									0,0	0,0						0,0	0,0	
			2,5		3,0				5,5	14,8						0,0	14,8	
			0,5		2,0				2,5	13,5						0,0	13,5	
0,0	0,0	1,0	10,0	0,0	6,5	0,0	0,0	18,5	50,8	0,0	0,0	0,0	50,8	0,0	0,0	0,0	50,8	
0,0	0,5	3,0	11,5	0,0	9,5	1,0	0,0	27,5	72,5	0,0	0,0	0,0	72,5	0,0	0,0	0,0	72,5	
					1,0	0,5		1,5	4,7				4,7				4,7	
								0,0	0,0				0,0				0,0	
					1,0	0,5		1,5	4,7				4,7				4,7	
0,0	0,5	3,0	11,5	0,0	10,5	1,5	0,0	29,0	77,2	0,0	0,0	0,0	77,2	0,0	0,0	0,0	77,2	

Bewusstse BEHINDERTENPLANSTELLEN	
Mitarbeiter	Planstellenqualität

NAMME DES SACHBEARBEITERS: August POINTNER

KLAPPE: 1310

DATUM: 9.3.2005

UNTERSCHRIFT DES SACHBEARBEITERS: *Aug. Pointner*



zu BMJ-A233.301/0001-Pr 7/2005

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 des Sprengels des  
LANDESGERICHTES SALZBURG  
systemisierten Planstellen für nichttrichterliche Bedienstete  
(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen Planstellen)**

**Darstellungstiefe 2**

# ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahre 2012  
des LG \* - / StA \* - Sprengel

systemisierten Planstellen für nicht  
Darstellungstiefe 2 (siehe  
\* die Bezeichnung ist gegeben)

GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES															Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSBEDIE				
	A2								A3								v1		v2		
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1		1	3	2	1	5
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
LG Salzburg		1,0		4,0	5,0				1,0	3,0		2,0	5,7	6,0	1,0	28,7					
BG Hallein					3,0				1,0						1,0	5,0					
BG Mittersill																0,0					
BG Neumarkt b.Sbg.				1,0	2,0									1,0		4,0					
BG Oberndorf					1,6				1,0							2,6					
BG Radstadt																0,0					
BG Saalfelden				1,0	1,5									2,0	2,0	6,5					
BG Salzburg			1,0		16,6	1,0				1,0			8,3	2,0	4,0	33,9					
BG St. Johann i. Pg.				2,0	5,0									4,0	2,0	13,0					
BG Tamsweg				1,0	1,0											2,0					
BG Thalgau				1,0	1,0										1,0	3,0					
BG Zell am See					5,5				2,0				1,0	1,0		9,5					
Zwischensumme BG		0,0	1,0	6,0	37,2	1,0	0,0	0,0	4,0	1,0	0,0	0,0	9,3	10,0	10,0	79,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe d. Gerichtshofsp.		1,0	1,0	10,0	42,2	1,0	0,0	0,0	5,0	4,0	0,0	2,0	15,0	16,0	11,0	108,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Staatsanwaltschaften						1,0					4,0					5,0					
Bezirksanwaltschaften											4,0					4,0					
Summe der sta Behörden						1,0					8,0					9,0					
Gesamtsumme		1,0	1,0	10,0	42,2	2,0	0,0	0,0	5,0	4,0	8,0	2,0	15,0	16,0	11,0	117,2	6,0	0,0	0,0	0,0	0,0

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwälte) alphabetisch aufzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des Stellenplanes	
Vor- Zuname	Gericht/Sta
Sylvia BERGER - SCHULL	BG Zell am See (Ersatz: Ge
Wolfgang AJMAYR	LG Salzburg
Roland PITTSCH	LG Salzburg
Stilla-Maria MITTERAUER	StA Salzburg

5 im Sprengel  
 s Salzburg  
 nterliche Bedienstete  
 nmerkung)  
 s zu korrigieren)

STETE DES VERWALTUNGSDIENSTES								Summe der Sp. 18 - 30	Summe der Sp. 17 + 31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32 - 35	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37 - 39	Gesamt- summe der Sp. 36 + 40
v3			v4			v5	v4			v5	h3	h4		h5				
4	3	2	1	3	2	1			2	1								
	3,5	4,2	5,5	6,5	15,5	5,5		40,7	69,4	1,0			70,4		1,0		1,0	71,4
	1,0	2,0	1,5		2,0			6,5	11,5	1,0			12,5				0,0	12,5
								0,0	0,0				0,0				0,0	0,0
	1,0	1,5	1,5		1,5			5,5	9,5				9,5				0,0	9,5
		0,8	2,0		0,5			3,3	5,9				5,9				0,0	5,9
								0,0	0,0				0,0				0,0	0,0
			1,0		0,5			1,5	8,0				8,0				0,0	8,0
	5,0	5,0	3,5	2,0	21,5	4,0		41,0	74,9	1,0			75,9				0,0	75,9
		1,5	3,0		4,0			8,5	21,5				21,5				0,0	21,5
			2,5		1,0			3,5	5,5				5,5				0,0	5,5
		1,0	3,0					4,0	7,0				7,0				0,0	7,0
			5,0		1,5			6,5	16,0				16,0				0,0	16,0
0,0	7,0	11,8	23,0	2,0	32,5	4,0	0,0	80,3	159,8	2,0	0,0	0,0	161,8	0,0	0,0	0,0	0,0	161,8
0,0	10,5	16,0	28,5	8,5	48,0	9,5	0,0	121,0	229,2	3,0	0,0	0,0	232,2	0,0	1,0	0,0	1,0	233,2
2,0		0,5	2,5		2,5			7,5	12,5				12,5					12,5
								0,0	4,0				4,0					4,0
2,0		0,5	2,5		2,5	0,0		7,5	16,5				16,5					16,5
2,0	10,5	16,5	31,0	8,5	50,5	9,5	0,0	128,5	245,7	3,0	0,0	0,0	248,7	0,0	1,0	0,0	1,0	249,7

Zuweisung BEHINDERTENPLANSTELLEN	
Arbeitschritt	Planstellenqualität
(Feldner)	VB v4/2 VB v4/1 VB v4/1 VB v4/1

NAMEN DES SACHBEARBEITERS: August POINTNER

KLASSE: 1310

DATUM: 9.3.2005

UNTERSCHRIFT DES SACHBEARBEITERS: *Aug. Pointner*

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 des Sprengels des  
LANDESGERICHTES STEYR  
systemisierten Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete  
(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen Planstellen)**

**Darstellungstiefe 2**

# ÜBERSICHT

über die Zahl der im Jahre 2012  
des LG \*- / STA \*- Sprengel  
systemisierten Planstellen für nicht  
Darstellungstiefe 2 (siehe  
\* die Bezeichnung ist gegeben)

GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSBEDIE				
	A2								A3									v1	v2			
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1	1		3	2	1	5	
LG Steyr			0,6	1,0	1,0				1,0	0,6		1,0	1,0	2,0	2,0	10,2						
BG Enns						2,6			1,0					1,0	1,0	5,6						
BG Kirchdorf a.d.Kr.						2,6			0,3						2,0	4,9						
BG Neuhofen a.d.Kr.																0,0						
BG Steyr			0,4		7,0					0,4		1,0	4,0	4,0	16,8							
BG Weyer					0,4				1,0						1,4							
BG Windischgarsten					0,4				0,7						1,1							
Zwischensumme BG		0,0	0,4	0,0	13,0	0,0	0,0	0,0	3,0	0,4	0,0	0,0	1,0	5,0	7,0	29,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Summe d. Gerichtshofsp.		0,0	1,0	1,0	14,0	0,0	0,0	0,0	4,0	1,0	0,0	1,0	2,0	7,0	9,0	40,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Staatsanwaltschaften						1,0					2,0				3,0							
Bezirksanwaltschaften											1,2				1,2							
Summe der sta Behörden						1,0					3,2				4,2							
Gesamtsumme		0,0	1,0	1,0	14,0	1,0	0,0	0,0	4,0	1,0	3,2	1,0	2,0	7,0	9,0	44,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksamtsgerichte (ohne Bezirksanwaltschaften) alphabetisch aufzuführen. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des Stellenplanes	
Vor- Zuname	Gericht/Staats
Jutta WIMMER	LG Steyr
Robert HUBER	BG Steyr

5 im Sprengel  
 eis Steyr  
 hterliche Bedienstete  
 nmerkung)  
 s zu korrigieren)

STELLE DES VERWALTUNGSDIENSTES								Summe der Sp. 16 - 30	Summe der Sp. 17 + 31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32 - 35	Vertragbedienstete d. Handwerkli. Dienstes			Summe der Sp. 37 - 39	Gesamt- summe der Sp. 36 + 40
v3			v4			v5	v4			v5	h3	h4		h5				
4	3	2	1	3	2		1								2	1		
		0,5	2,0	1,0	5,5			9,0	19,2						0,0	19,2		
			1,0		1,0			2,0	7,6						0,0	7,6		
			3,5		1,5			5,0	9,9						0,0	9,9		
								0,0	0,0						0,0	0,0		
	0,5		2,5		5,5			8,5	25,3	1,0					0,0	26,3		
		1,0						1,0	2,4						0,0	2,4		
			1,0					1,0	2,1						0,0	2,1		
0,0	0,5	1,0	8,0	0,0	8,0	0,0	0,0	17,5	47,3	1,0	0,0	0,0	48,3	0,0	0,0	0,0	48,3	
0,0	0,5	1,5	10,0	1,0	13,5	0,0	0,0	26,5	66,5	1,0	0,0	0,0	67,5	0,0	0,0	0,0	67,5	
					1,0			1,0	4,0				4,0				4,0	
								0,0	1,2				1,2				1,2	
					1,0	0,0		1,0	5,2				5,2				5,2	
0,0	0,5	1,5	10,0	1,0	14,5	0,0	0,0	27,5	71,7	1,0	0,0	0,0	72,7	0,0	0,0	0,0	72,7	

gewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN	
Vertschaft	Planstellenanzahl
	VB v3/1
	VB v4/2

NAMEN DES SACHBEARBEITERS: August POINTNER  
 KLASSE: 1310  
 DATUM: 9.3.2005  
 UNTERSCHRIFT DES SACHBEARBEITERS: *Aug. Pointner*

zu BMJ-A233.301/0001-Fr 7/2005

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 des Sprengels des  
LANDESGERICHTES WELS  
systemisierten Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete  
(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen Planstellen)**

**Darstellungstiefe 2**

**ÜBERSICHT**  
über die Zahl der im Jahre 2022  
des LG\* - / STA\* - Spre  
systemisierten Planstellen für nicht  
Darstellungstiefe 2 (siehe  
(\* die Bezeichnung ist gegeben)

GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES															Summe der Sp. 2-16	VERTRAGSBED				
	A2								A3								v1		v2		
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	8	5	4	3	2	1		1	3	2	1	5
LG Wels		1,0		2,0	3,0					1,3		1,0	3,0	8,0	1,0	20,3					
BG Bad Isch					2,8				1,0					3,0	1,0	7,8					
BG Eferding					1,3				1,0					2,0		4,3					
BG Frankenmarkt				0,8	1,0										2,0	3,8					
BG Gmunden				1,0	3,0							2,0	2,0	2,0	10,0						
BG Grieskirchen					2,7				1,0					2,0	1,0	6,7					
BG Lambach					2,0				1,0							3,0					
BG Mondsee				1,2	0,2										1,0	2,4					
BG Puerbach				1,0												1,0					
BG Schwanenstadt																0,0					
BG Vöcklabruck				1,0	4,0							2,0	3,0		10,0						
BG Wels				1,0	8,0	1,0				0,7		3,0	1,0	8,0	22,7						
Zwischensumme BG		0,0	0,0	6,0	25,0	1,0	0,0	0,0	4,0	0,7	0,0	0,0	7,0	13,0	15,0	71,7		0,0	0,0	0,0	0
Summe d. Gerichtshofsp		1,0	0,0	8,0	28,0	1,0	0,0	0,0	4,0	2,0	0,0	1,0	10,0	21,0	16,0	82,0		0,0	0,0	0,0	1
Staatsanwaltschaften						1,0					4,0					5,0					
Bezirksanwaltschaften											3,8					3,8					
Summe der sta Behörden						1,0					7,8					8,8					
Gesamtsumme		1,0	0,0	8,0	28,0	2,0	0,0	0,0	4,0	2,0	7,8	1,0	10,0	21,0	16,0	100,8		0,0	0,0	0,0	1

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz. Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwälte) alphabetisch aufzulisten. Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des Stellenplans	
Vor- Zuname	Gericht/Sta
Ingrid WIDEGGER	LG Wels
Eva-Maria DICKINGER	BG Gmunden



05 im Sprengel  
gels Weis  
hterliche Bedienstete  
(Anmerkung)  
s zu korrigieren)

STELLE DES VERWALTUNGSDIENSTES									Summe der Sp. 18 - 30	Summe der Sp. 17 + 31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32 - 36	Vertragsbedienstete d. Handwerk. Dienstes			Summe der Sp. 37 - 39	Gesamt- summe der Sp. 36 + 40								
v3			v4			v5	v4				v5	h3	h4		h5												
4	3	2	1	3	2		1	2								1											
	1,0	8,0		1,0	7,8	1,0										19,6	39,9	1,0	1,0		41,9	1,0			1,0	42,9	
					1,0											1,0	8,8				8,8				0,0	8,8	
			1,0													1,0	5,3				5,3				0,0	5,3	
			1,5		1,0											2,5	6,3				6,3				0,0	6,3	
		1,0	1,0		3,5											5,5	15,5				15,5				0,0	15,5	
			2,0		1,0											3,0	9,7				9,7				0,0	9,7	
		1,0	0,5		1,0											2,5	5,5				5,5				0,0	5,5	
			1,0		1,0											2,0	4,4				4,4				0,0	4,4	
		0,5	2,0													2,5	3,5				3,5				0,0	3,5	
																0,0	0,0				0,0				0,0	0,0	
	2,0	3,0	3,0		2,5											10,5	20,5				20,5				0,0	20,5	
	1,0	1,0	2,5		6,4											10,9	33,6		1,0		34,6				0,0	34,6	
0,0	3,0	6,5	14,5	0,0	17,4	0,0	0,0									41,4	113,1	0,0	0,0	1,0	114,1	0,0	0,0	0,0	0,0	114,1	
0,0	4,0	14,5	14,5	1,0	25,0	1,0	0,0									61,0	153,0	1,0	1,0	1,0	156,0	1,0	0,0	0,0	1,0	157,0	
		1,0			2,0											3,0	8,0				8,0					8,0	
																3,8					3,8					3,8	
		1,0			2,0	0,0										3,0	11,8				11,8					11,8	
0,0	4,0	15,5	14,5	1,0	27,0	1,0	0,0									64,0	164,8	1,0	1,0	1,0	167,8	1,0	0,0	0,0	1,0	168,8	

Bewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN	
Arbeitschaft	Planstellenqualität
	VB v4/2 (30 WoSL) VB v4/1

NAMEN DES SACHBEARBEITERS: August POINTNER

KLAPPE: 1310

DATUM: 9.3.2005

UNTERSCHRIFT DES SACHBEARBEITERS: Aug. Pointner



zu BMJ-A233.401/0001-Pr 7/2005

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 im  
Sprengel des Oberlandesgerichtes**

## **I n n s b r u c k**

**systemisierten Planstellen für Beamte und  
Vertragsbedienstete**

**(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen  
Planstellen)**

**Darstellungstiefe 1**

4.3.2005

PISForm: N 2

**Ü B**  
 über die Zahl  
 im OLG -JOSTA- ts  
 systemisierten Planstellen  
 Darstellungstiefe

GERICHTSHOF (Sprengel)	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES															Summe der Sp. 2-16	VER	
	A2								A3								v1	3
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Oberlandesgericht	1,0	2,0	9,0	3,0	7,0	4,0			2,0		1,00	2,0	2,0	3,0	1,0	37,0	1,0	
Personaleinsatzgruppe					10,0						4,0					14,0		
Ausbildungspool																		
Gerichtsvollzieher														46,6		46,6		
Justizschule Kitzbühel				0,6									1,0			1,6		
Zwischensumme OLG	1,0	2,0	9,0	3,6	17,0	4,0			2,0		6,0	2,0	3,0	49,6	1,0	89,2	1,0	
LG Sprengel Innsbruck			1,0	1,0	15,1	61,0				4,0		1,0	31,0	47,4	20,0	171,5		
LG Sprengel Feldkirch				1,0	7,3	30,0				1,0			13,0	9,0	1,0	62,3		1,0
Summe d. Gerichtshofspr.		1,0	2,0	22,4	81,0					5,0		1,0	44,0	68,4	21,0	233,8		1,0
Oberstaatsanwaltschaft						1,0										1,0		
Staatsanwaltschaften					1,0	1,0						1,0				3,0		
Bezirksanwaltschaften											22,0					22,0		
Summe der sta Behörden					1,0	2,0					22,0	1,0				26,0		
Gesamtsumme	1,0	3,0	11,0	26,0	99,0	6,0			2,0	5,0	27,0	4,0	47,0	106,0	22,0	359,0	1,0	1,0

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 1 erfolgt die Darstellung grundsätzlich nach Gerichtshöfen bzw Gerichtshofsprengeln. In der ersten Zeile ist das Oberlandesgericht (ohne Einbringungsstelle und Verwahrungsabteilung sowie ohne Personaleinsatzgruppe) anzuführen. Nach der ersten Zwischensumme sind die Gerichtshofsprengeln erster Instanz (einschließlich der BG-Planstellen, jedoch ohne die den Staatsanwaltschaften und Bezirksanwaltschaften zugewiesenen Planstellen) aufzulisten. Nach dieser Auflistung ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Die Planstellen für sta Behörden sind ausschließlich in den vorgesehenen Zeilen einzutragen.
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT c	
Vor- Zuname	
Daniel APPELTAUER	LG Innsbruck
Daniela BERGMANN	BG Lienz
Matthias ZOTT	BG Kufstein
Alexandra SPRENGER	BG Rofen
Elisabeth ZIMMERMANN	LG Feldkirch
Ludwig Michael	LG Innsbruck

**RICHT**

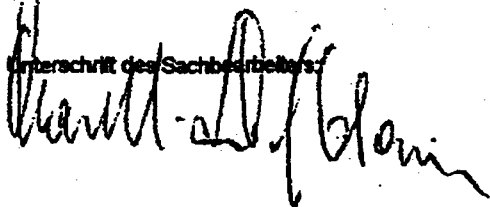
n Jahre 2005  
 gel Innsbruck  
 ichtrichterliche Bedienstete  
 (siehe Anmerkung)

GSGBEDIENTESTE DES VERWALTUNGSDIENSTES										Summe	Summe	Ältere			Summe	ertragsbedienstete			Summe	Gesamt-	
										der Sp.	der Sp.	Arbeitslose			der Sp.	Handwerk.	Dienstat.	der Sp.	summe		
v3					v4			v5	16-30	17+31	v4		v5	32-35	h3	h4	h5	37-39	der Sp.		
1	5	4	3	2	1	3	2	1				2	1								
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
			8,0	2,0			5,0	3,0		19,0	58,0					58,0		1,0		1,0	57,0
										0,0	14,0					14,0					14,0
5,0										5,0	5,0					5,0					5,0
				7,0						7,0	53,6					53,6					53,6
											1,8					1,8		2,0		2,0	3,6
5,0			8,0	9,0			5,0	3,0		31,0	130,2					130,2		3,0		3,0	133,2
3,0		1,0	6,0	25,0	11,0	2,0	65,0	7,0		120,0	291,5		2,0			293,5	1,0			1,0	294,5
6,0		3,0	13,0	17,0	2,0	1,0	42,0	2,0		87,0	149,3		1,0			150,3					150,3
9,0		4,0	18,0	42,0	13,0	3,0	107,0	9,0		207,0	440,8		3,0			443,8	1,0			1,0	444,8
			1,0				1,0			2,0	3,0					3,0					3,0
			1,0				7,0	1,0		9,0	12,0					12,0					12,0
							3,0			3,0	25,0					25,0					25,0
			2,0				11,0	1,0		14,0	40,0					40,0					40,0
14,0		4,0	29,0	51,0	13,0	3,0	123,0	13,0		252,0	611,0		3,0			614,0	1,0	3,0		4,0	618,0

Stellenplanes zugewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN	
richt/Staatsanwaltschaft	Planstellenqualität
	VB v5; 3701 - A7/KI
	VB w/1; 3500 - A5/1
	VB M; 3801 - A6
	VB M; 3406 - A4/KI
	VB v5; 3700-a7/KI
	VB w; 3520 - A5/1

Name des Sachbearbeiters: Johann Maril-Musack  
 Klappe: 05125936440 (DW)  
 Datum: 1. März 2005

Unterschrift des Sachbearbeiters:



zu BMJ-A233.401/0001-Fr 7/2005

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 im  
Sprengel des Landesgerichtes**

## **Innsbruck**

**systemisierten Planstellen für Beamte und  
Vertragsbedienstete**

**(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen  
Planstellen)**

**Darstellungstiefe 2**

4.3.2005

PISForm: N 2

# ÜBER

über die Zahl der im Jahr  
des LG \* - / StA \*  
systemisierten Planstellen für  
Darstellungstiefe 2

GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES																Summe der Sp. 2-16	VERTR		
	A2									A3								v1	v2	v3
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
LG Innsbruck		1,0		2,7	6,0					2,5		1,0	9,0	6,0	1,0	28,2				
BG Hall IT				1,0	3,0								1,0	4,5	1,0	10,5				
BG Imst				1,0	1,2									2,0	2,0	6,2				
BG Innsbruck			1,0		16,6					1,5			8,0	14,0	4,0	45,1				
BG Kitzbühel				1,4	5,0								2,0	4,0	1,0	13,4				
BG Kufstein				1,0	5,0								2,0	2,0	2,0	12,0				
BG Landeck				1,0	2,0								2,0	1,0	1,0	7,0				
BG Lienz				1,0	3,0								2,0	2,0	2,0	10,0				
BG Rattenberg				1,0	1,1									4,0	1,0	7,1				
BG Routta				1,0	0,6									2,4		4,0				
BG Schwarz				1,0	2,4								1,0	3,5	1,0	8,9				
BG Sitz				1,0	1,7								2,0		1,0	5,7				
BG Telfs				1,0	1,9								2,0		1,0	5,9				
BG Zell am Ziller				1,0	1,5									2,0	2,0	6,5				
Zwischensumme BG			1,0	12,4	45,0					1,5			22,0	41,4	19,0	142,3				
Summe d. Gerichtshofspr.		1,0	1,0	15,1	51,0					4,0		1,0	31,0	47,4	20,0	171,5				
Staatsanwaltschaften					1,0							1,0				2,0				
Bezirksanwaltschaften											15,0					15,0				
Summe der sta Behörden					1,0						15,0	1,0				17,0				
Gesamtsumme		1,0	1,0	15,1	52,0					4,0	15,0	2,0	31,0	47,4	20,0	188,5				

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes 1. Instanz.  
Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwälte) alphabetisch aufzulisten.  
Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.
2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).
3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des St	
Vor- Zuname	
Daniel APPELTAUER	LG Innsbruck
Daniela BERGMANN	BG Lienz
Matthias ZOTT	BG Kufstein
Alexandra SPRENGER	BG Routta
Michael LADSTÄTTER	LG Innsbruck

# ICHT

2005 im Sprengel  
Innsbruck  
Lehrerliche Bedienstete  
(siehe Anmerkung)

LEHRERLICHE BEDIENTESTE DES VERWALTUNGSDIENSTES										Summe der Sp. 18-30	Summe der Sp. 17+31	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp. 32-35	Lehrerbedienstete			Summe der Sp. 37-39	Gesamt- summe der Sp. 38+40
v3					v4			v5	18-30	17+31	v4		v5	32-35	h3	h4	h5	37-39	38+40	
1	5	4	3	2	1	3	2	1			2	1								
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
		1,0	2,0	16,0	6,0	1,0	26,0	6,0		58,0	67,2		1,0		88,2	1,0			1,0	89,2
				1,0		1,0	4,0			6,0	16,5				16,5					16,5
							1,0			1,0	7,2				7,2					7,2
3,0			4,0	3,0			12,0			22,0	67,1				67,1					67,1
				1,0	1,0		3,5	1,0		6,5	19,9				19,9					19,9
							5,5			5,5	17,5				17,5					17,5
							3,0			3,0	10,0				10,0					10,0
					1,0		2,0			3,0	13,0				13,0					13,0
										0,0	7,1				7,1					7,1
				2,0	1,0		1,0			4,0	8,0				8,0					8,0
					1,0		1,0			2,0	10,9		1,0		11,9					11,9
				1,0			3,0			4,0	9,7				9,7					9,7
				1,0			3,0			4,0	9,9				9,9					9,9
					1,0					1,0	7,5				7,5					7,5
3,0			4,0	9,0	5,0	1,0	39,0	1,0		62,0	204,3		1,0		205,3					205,3
3,0		1,0	6,0	25,0	11,0	2,0	65,0	7,0		120,0	291,5		2,0		293,5	1,0			1,0	294,5
							5,0	1,0		6,0	8,0				8,0					8,0
							3,0			3,0	18,0				18,0					18,0
							8,0	1,0		9,0	26,0				26,0					26,0
3,0		1,0	6,0	25,0	11,0	2,0	73,0	8,0		129,0	317,5		2,0		319,5	1,0			1,0	320,5

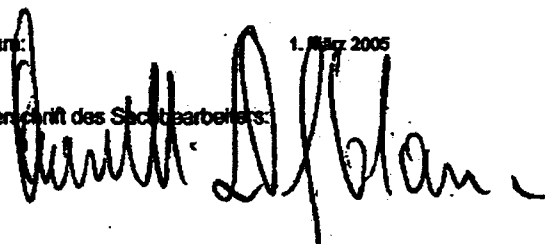
Anplantes zugewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN	
Lehrerliche Bedienstete	Planstellenqualität
	VB v5; 3701 - A7/GI VB v4/1; 3500 - A5/1 VB h4; 3601 - A5 VB h4; 3406 - A4/GI VB v4; 3520 - A5/1

Name des Sachbearbeiters: Johann Mandl-Musack

Klappe: 0512/5930/440 (DW)

Datum: 1. März 2005

Unterschrift des Sachbearbeiters:



zu BMJ-A233.401/0001-Pr 7/2005

# **ÜBERSICHT**

**über die Zahl der im Jahre 2005 im  
Sprengel des Landesgerichtes**

## **Feldkirch**

**systemisierten Planstellen für Beamte und  
Vertragsbedienstete**

**(einschließlich der den Staatsanwaltschaften zugewiesenen  
Planstellen)**

**Darstellungstiefe 2**

4.3.2005

PISForm: N 2



GERICHT/STA	BEAMTE DES ALLGEMEINEN VERWALTUNGSDIENSTES															Summe der Sp. 2-16	VERTI	
	A2									A3							v1	3
	8	7	6	5	4	3	2	1	7	6	5	4	3	2	1			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
LG Feldkirch			1,0	1,3	3,0								4,0	4,0		13,3		1,0
BG Bezau				1,0	0,6									1,0		2,6		
BG Bludenz				1,0	3,0								2,0	2,0	1,0	9,0		
BG Bregenz				1,0	8,4					1,0			1,0	1,0		12,4		
BG Dornbirn				1,0	6,0								2,0			9,0		
BG Feldkirch				1,0	9,0								4,0	1,0		15,0		
BG Montafon				1,0												1,0		
Zwischensumme BG				6,0	27,0					1,0			9,0	5,0	1,0	49,0		
Summe d. Gerichtshofspr.			1,0	7,3	30,0					1,0			13,0	9,0	1,0	62,3		1,0
Staatsanwaltschaften							1,0									1,0		
Bezirksanwaltschaften											7,0					7,0		
Summe der sta Behörden							1,0				7,0					8,0		
Gesamtsumme			1,0	7,3	30,0	1,0				1,0	7,0		13,0	9,0	1,0	70,3		1,0

- Anmerkung: 1. In der Tiefe 2 erfolgt die Darstellung jeweils für einen Sprengel eines Gerichtshofes I. Instanz.  
 Nach dem Gerichtshof sind die Bezirksgerichte (ohne Bezirksanwälte) alphabetisch aufzuführen.  
 Hinsichtlich der Bezirksgerichte ist eine Zwischensumme zu bilden.  
 2. Bei zwei Dienststellen systemisierten Planstellen sind entsprechend dem tatsächlichen Einsatz der betreffenden Bediensteten (bei unbesetzten Planstellen nach dem fiktiven Einsatz) auszuweisen (zB beim BG A mit 0,3 und beim BG B mit 0,7).  
 3. Behindertenplanstellen sind ausschließlich in dem vorgesehenen Feld einzutragen!

Gem. Pkt 3 Abs 3 AT des StA	
Vor- Zuname	
Elisabeth ZIMMERMANN	LG Feldkirch

2005 im Sprengel  
 Feldkirch  
 Richterliche Bedienstete  
 (siehe Anmerkung)

Richterliche Bedienstete des Verwaltungsdienstes										Summe der Sp.	Summe der Sp.	Ältere Arbeitslose			Summe der Sp.	Vertragsbedienstete Handwerk. Dienstl.			Summe der Sp.	Gesamt- summe der Sp.
v3					v4			v5	18-30	17+31	v4		v5	32-35	h3	h4	h5	37-39	35+40	
1	5	4	3	2	1	3	2	1			2	1								
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41
		2,0	3,0	7,0		1,0	13,0			27,0	40,3		1,0		41,3					41,3
				2,0			1,0			3,0	5,8				5,8					5,8
				2,0			2,0			4,0	13,0				13,0					13,0
3,0			3,0	3,0			8,0	1,0		18,0	30,4				30,4					30,4
1,0			3,0	2,0			11,0			17,0	26,0				26,0					26,0
1,0		1,0	4,0		1,0		7,0	1,0		15,0	30,0				30,0					30,0
1,0				1,0	1,0					3,0	4,0				4,0					4,0
6,0		1,0	10,0	10,0	2,0		28,0	2,0		60,0	109,0				109,0					109,0
6,0		3,0	13,0	17,0	2,0	1,0	42,0	2,0		87,0	149,3		1,0		150,3					150,3
			1,0				2,0			3,0	4,0				4,0					4,0
											7,0				7,0					7,0
			1,0				2,0			3,0	11,0				11,0					11,0
6,0		3,0	14,0	17,0	2,0	1,0	44,0	2,0		90,0	160,3		1,0		161,3					161,3

Planung zugewiesene BEHINDERTENPLANSTELLEN	
cht/Staatsanwaltschaft	Planstellenqualität
	VB v 5 ; - 3700 - A 7/3L

Sachbearbeiter: Johann Maril-Mussack  
 Klasse: 05125830440 (OW)  
 Datum: 1. März 2005

Unterschrift des Sachbearbeiters:  
